

Anpassung des EMRA-Kapitels aufgrund des BMG

Problemstellung

Die einfache Melderegisterauskunft ist bisher in XMeld als komplexer Prozess beschrieben. Die Komplexität entsteht durch die Überlegungen zur gemeindeübergreifenden Adressrecherche und zur Adresskettenverfolgung. Die Feststellung des Änderungsbeirats von 2013-02:

„Die einfache Melderegisterauskunft ist derzeit in XMeld vorhanden aber nicht an das BMG angepasst und auch nicht flächendeckend produktiv. Die einfache Melderegisterauskunft sollte aber als Angebot im Standard enthalten bleiben und ist daher auch zu pflegen. Eine Anpassung der Nachrichten an die Anforderungen des Bundesmeldegesetzes wird daher eingeplant. Ein entsprechender CR wird erstellt.“

ist weiterhin gültig.

Lösung

Im Rahmen des Bundesmeldegesetzes sind sowohl der Datenumfang für die einfache Melderegisterauskunft

als auch die Prozesse sowie der Umgang mit Auskunftssperren gemäß § 51 BMG und bedingten Sperrvermerken gemäß § 52 BMG angepasst worden. Das Kapitel wurde diesebezüglich redaktionell bearbeitet.

Im Detail sind folgenden Anpassungen erfolgt:

Datentypen

- Die Datentypen
 - `type.melderegisterauskunft.einfach.container.0604`,
 - `type.melderegisterauskunft.einfach.suchprofil.einegemeinde` und
 - `type.melderegisterauskunft.einfach.suchprofil.gemeindeübergreifend`
 wurden entfernt.
- Die Datentypen
 - `type.GewerblicherZweck`,
 - `type.Melderegisterauskunft.Anfragedaten`,
 - `type.Melderegisterauskunft.DatenAnfrage`,
 - `type.Melderegisterauskunft.Ergebnis`,
 - `type.Melderegisterauskunft.Name`,
 - `type.Melderegisterauskunft.Steueringformationen`,
 - `type.Melderegisterauskunft.SteueringformationenOhneAdressketten` und
 - `type.Melderegisterauskunft.Suchprofil.Name`
 wurden neu aufgenommen.
- Der Datentyp `type.steueringinformation` wurde umbenannt in `type.steueringinformationAdressketten` und um das optionale Element `anzahlzuDurchsuchendeMeldebehoerden` ergänzt.

Schlüsseltabellen

- „*Schlüsseltabelle Antwortstatus*“ (vorher „*Schlüsseltabelle 6 Antwortstatus*“):
 - Der Schlüssel 06 „*Der Betroffene konnte im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister nicht oder nicht eindeutig identifiziert werden. Es werden keine Daten übermittelt.*“
ist nicht mehr zulässig und wurde daher aus der Schlüsseltabelle entfernt.
- „*Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Ergebnisstatus*“ (vorher „*Schlüsseltabelle 42: Ergebnisstatus*“):
Die Schlüssel
 - 02 „*Der Betroffene wurde im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister eindeutig identifiziert. Es werden keine Daten übermittelt.*“,
 - 03 „*Der Betroffene konnte im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister nicht oder nicht eindeutig identifiziert werden. Es werden keine Daten übermittelt.*“ und
 - 04 „*Diese Dienstleistung kann in diesem Fall nicht im automatisierten Verfahren erbracht werden.*“
sind nicht mehr zulässig und wurden daher entfernt.
 - Der Schlüssel 05 „*Eine Auskunft kann aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht erteilt werden. Es werden keine Daten übermittelt.*“ wurde neu aufgenommen.
- Die „*Schlüsseltabelle 43 Beziehung zwischen Person und Wohnung*“ wurde entfernt.
- Die „*Schlüsseltabelle 44: Zusatzinformation*“ wurde entfernt.
- „*Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Optionen*“ (vorher „*Schlüsseltabelle 64: Optionen Auskunftersuchen*“):
Die Schlüssel
 - 02 „*Aussteuerung zur manuellen Nachbearbeitung erwünscht (menschliche Recherche bei Nichteindeutigkeit)*“ und
 - 03 „*Schriftliche Auskunft bei Vorliegen des Sachverhaltes 'Auskunftssperre nach § 21a MRRG' erwünscht (Voraussetzung zum Zeitpunkt der Entscheidung: eindeutig gefunden)*“
wurden entfernt.
- Die „*Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft gewerblicher Zweck*“ wurde neu aufgenommen.
- Die „*Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Nichterstellung Grund*“ wurde neu aufgenommen.
- Die „*Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Zusatzinformation*“ wurde neu aufgenommen.

Antragsdetails

Antragsteller: Jonas Fehl

Erfasst am: 26.06.2013

Bezug:

Analyse des Änderungsantrags

Auszug aus dem Protokoll des CAB 2013-02:

„Die einfache Melderegisterauskunft ist derzeit in XMeld vorhanden aber nicht an das BMG angepasst und auch nicht flächendeckend produktiv. Die einfache Melderegisterauskunft sollte aber als Angebot im Standard enthalten bleiben und ist daher auch zu pflegen. Eine Anpassung der Nachrichten an die Anforderungen des Bundesmeldegesetzes wird daher eingeplant. Ein entsprechender CR wird erstellt.“

Lösungsvorschlag im Änderungsantrag

Bewertung

Bewertungskriterien										Aufwandsschätzung	
Gesetzliche Vorgabe	Fehler	Eindeutigkeit	XÖV-Konformität	Erleichterung MB	Erleichterung AB	XMeld-Prozesse	Wartbarkeit	Fachlicher Aspekt	Detail	Modellierung	Betroffene Dokumente
										Test	
										Hersteller	
										Spezifikation	
										Has	
										Verwandte CRs	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		

Bewertet durch: KoSIT/ov

Bewertet am: 2013-09-30

Die Umsetzung/Pflege des Kapitels EMRA ist durch den CAB beauftragt. Somit ist eine weitere Bewertung obsolet. Umsetzung ist Pflicht.

Bearbeitung

Wartend auf:

Betrifft	Aktivität	Status Mod	Status Test

Bearbeitet durch: AKDB/JF

Bearbeitet am: 2013-06-20

Folgende Fragestellung muss bei der Bearbeitung des CR mit bearbeitet werden:

Sollte im Antwortstatus mitgeteilt werden, dass die Leistung nicht erbracht werden kann, ist unklar wie das Element auskunft.antwort zu füllen ist. Dieses hat ja die Kardinalität 1.

Beispiel: Die Nachricht 0600 enthält 60 Anfragen, unser Verfahren ist aber auf 50 Anfragen limitiert.

Bearbeitet durch: AKDB/JS

Bearbeitet am: 2013-09-18

Zur Bearbeitung vom 2013-06-20:

Der Hintergrund ist wohl, dass mit der Nachricht 0600 n-Personen angefragt werden können.
Nicht für jede Person aus den Nachricht 0600 wir ein Datensatz in die Nachricht 0601 geschrieben.

Hier passen nur der Status „00“ (Leistung wurde erbracht) und „05“ (Angeforderte Leistung wird technisch derzeit nicht unterstützt).

Anscheinend es geht darum, dass die anderen Werte des Antwortstatus für die **gesamte** Nachricht keinen Sinn ergeben.

Evtl. geht es in dem CR darum, diesen komplett wegzulassen, das ist aber nur eine Vermutung...
Mehr konnte ich leider nicht dazu ermitteln.

Tabelle Nr. 6 Antwortstatus

Herausgeber: KoSIT im Auftrag der IMK

Beschreibung Klassifizierung der Antwort auf eine beliebige XMeld-Nachricht. Der Antwortstatus

bezieht sich auf die gesamte Nachricht.

Ref. (DSMeld)

Schlüssel Wert

00 Leistung wurde erbracht

01 Anfrage kann aus technischen Gründen nicht gelesen werden (Anfragefehler)

03 Berechtigung für diese Anfrage fehlt

04 Gebührenregelung nicht positiv abgeschlossen

05 Angeforderte Leistung wird technisch derzeit nicht unterstützt

06 Der Betroffene konnte im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister nicht oder nicht eindeutig identifiziert werden. Es werden keine Daten übermittelt.

Bearbeitet durch: KoSIT/OV

Bearbeitet am: 30.09.2013

Die Frage von AKDB ist berechtigt. Eine Vereinheitlichung ist hier wohl nicht durchzusetzen, da Kommunale Unterschiede herrschen.

Man muss sich also darum kümmern, was in einem solchen Fall geschehen soll.

Eine Möglichkeit ist, einen Fehlercode zu entwerfen, mit dem mitgeteilt wird, dass die Anzahl der Anfragen größer war, als die Anzahl der möglichen Antworten.

Eine andere Möglichkeit ist, dass das Verfahren die Antworten automatisch auf mehrere Nachrichten aufgesplittet wird.

Bearbeitet durch: AG Mod 2

Bearbeitet am: 2014-03-26

Bestandserhebung

Landesregister Sachsen:

- 600 / 601 (hauptsächlich XMeld 1.8, diverse andere Versionen im Angebot)
- mit Adresskettenverfolgung
- geplant 602-604 für ca. 2016/17

Spiegeldatenbank SH (Zentrales Register)

- 600 / 601 (XMeld 1.6)
- mit Adresskettenverfolgung
- 602 für interne Suche

Meldeportale BW (zentrales Register) und Bayern (Zema) und Hessen

- die Portale nutzen die Broker-Broker-Kopplung (laut XMeld)
- 602-604 (XMeld 1.3.1) für die Kommunikation des Kunden mit dem Portal

- Adresskettenverfolgung wird angeboten, Wiederholanfragen und Weiterleitung
- plus proprietäre Nachricht zur asynchronen Abholung von Datenpaketen durch Poweruser
- synchrone und asynchrone Verarbeitung ist im Angebot
- 600 / 601 nicht im Einsatz

HSH

- implementiert
- 600/601; 602
- vermutlich auch 603 und 604
- diverse Versionen (je nach Kundenwunsch)
- proprietäre Abwandlungen für Datenaustausch Fachverfahren/Inforegister

Meldeportal NRW

- verwenden für Meldeportal Behörden aus XMeld 1.8.1: 600/601
- Kunde stellt Anfragen über
 - Weboberfläche oder über
 - Nachrichten 600/601 (Verfahrenskopplung)
- Daten werden von durch das Portal bei den MB immer über die Nachrichten 600/601 eingesammelt
- im Fall von Verfahrenskopplung werden die Nachrichten geprüft und unverändert an die MB adressiert
- nicht werden verwendet: 602-604

→ Bewertung:

- alle Nachrichten der EMRA (600-604) sind in Gebrauch
- es gibt keine offenkundig entbehrlichen Bereiche
- der Auftrag, die EMRA anzupassen, so dass sie BMG-konform ist, bezieht sich also auf den gesamten Bestand
- es gibt möglicherweise Optimierungspotential: ggf. könnte konsolidiert werden, so dass am Ende nur noch 3 Nachrichten übrig sind

Ausgangspunkt EMRA XMeld 1.8.1 vs. Integration in Behördenausk XMeld K

A → Soll die EMRA XMeld K entstehen, indem EMRA XMeld 1.8.1 an das BMG angepasst wird?

B → Oder soll eine Integration in die Behördenauskunft XMeld K angestrebt werden?

These: Alternative B kommt nicht in Frage

- So grundlegend sind die Unterschiede bei
 - o Rechtsgrundlagen
 - o Ergebnisdaten (bei EMRA fix)
 - o Auswahlkosten (sehr spezielle Anforderung bei EMRA)
 - o Prozessstruktur
 - eindeutige Identifikation bei EMRA immer zwingend
- Vor dem Hintergrund kann die Integration nach B nicht sinnvoll sein.

BMG-Anforderungen / Grundbegriffe zum Thema aus BMG

Gewerblicher Zweck (§ 44): Der gewerbliche Zweck muss angegeben werden, wenn ein solcher vorliegt.

- wie generisch ist das gemeint?
 - o Genügt "Inkassoangelegenheit", "Überprüfung Kundenadresse", "Versandhandel" oder muss es das Geschäftszeichen eines bestimmten Vorgangs sein?
 - o lässt sich der Begriff als Werteliste darstellen, oder muss es ein Freitext-Feld sein? (wäre im Prinzip kombinierbar: Werteliste plus Freitext-Feld Sonstiges)
 - o → zu prüfen mit UAG Org (dafür wurde Aufgabe EG-04 Nr. 8 festgehalten)

- Klarstellung zum Zwecke der Abgrenzung: Der Begriff des **berechtigten Interesses** hat mit EMRA keinen Zusammenhang, zählt also nicht zu den Voraussetzungen für eine EMRA-Anfrage.

Auswahldaten nach § 49

- Zitat aus § 49 Abs. 4: BMG Auskünfte dürfen nur erteilt werden, wenn 1. der Antragsteller die betroffene Person sowohl mit
 - o Familienname oder früheren Namen und
 - o mindestens einem Vornamen sowie
 - o mit zwei weiteren auf Grund von § 3 Abs. 1, ausgenommen die Nummern 1 bis 4, 7, 10 und 11, gespeicherten Daten bezeichnet hat,
 - o wobei für Familienname, frühere Namen und Vornamen eine phonetische Suche zulässig ist.
- Kommentar AG Mod: Ist nicht praxisgerecht, weil Kombinationen damit zulässig wären, die so nicht gemeint sein können (datenschutzrechtliche Gründe), z.B.
 - o Name
 - o Vorname
 - o verheiratet
 - o Geschlecht des Ehegatten weiblich.
- zu klären mit UAG Org (dafür wurde Aufgabe EG-04 Nr. 9 festgehalten)
- Umsetzung der Auswahldaten in der Anfragenachricht:
 - o Thema für EMRA-Workshop

Phonetische Suche

- wird nicht weiter erklärt
- kommt auch in der Behördenauskunft vor
- wie das implementiert wird, kann dann in den Ländern unterschiedlich sein

Einwilligungsvorbehalt

- Einwilligung (DSMeld 1803 / 1804) kann generell gegenüber der MB erklärt bzw. widerrufen werden.
- Der Anfragende muss bei Anfrage den Zweck gegenüber der MB angeben.
- Konsequenzen der erteilten bzw. nicht erteilten Einwilligung:
 - o Wenn der Anfragende für einen der Zwecke aus DSMeld 1803 anfragt, steht die Beauskunftung unter dem Einwilligungsvorbehalt.
 - o Wenn der Anfragende für einen anderen Zweck anfragt, dann bekommt er die Auskunft.
- Es gibt eine Überlappung mit dem Thema "gewerblicher Zweck", dennoch ist es sinnvoll, das Thema als Funktionalität separat abzubilden:
 - o kann z. B. als Flag implementiert werden "Daten werden nicht für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels verwendet", wenn das Flag nicht gesetzt ist, greift der Einwilligungsvorbehalt
 - o oder als Kombination aus zwei Flags (im Zusammenhang mit DSMeld 1803)
→ Thema für den EMRA-Workshop
- Einwilligung gegenüber dem Anfragenden (ebenfalls separat zu den Zwecken Werbung und / oder Adresshandel):
 - o Möglichkeit, über das Vorliegen dieser Erklärung zu informieren, muss in der Nachricht enthalten sein
 - o wird dann von der MB protokolliert, um stichprobenhaft zu prüfen

Umgang mit ASP und bedingten Sperrvermerken

- Für die EMRA relevante ASP laut § 51 sind:
 - o 3 und 11
→ § 51 (1)
 - o 1, 6 und 12
→ § 51 (5)
- bei ASP 3 und 11
 - o neutrale Antwort an den Anfragenden: "Mitteilung, die keine Rückschlüsse darauf zulassen darf, ob zu der betroffenen Person keine Daten vorhanden sind oder eine Auskunftssperre besteht"

- die MB bearbeitet den Fall mit Einleitung des Anhörungsverfahrens nach § 51 (2)
 - falls die Anfrage durch das zentrale Register beantwortet wurde, leitet dieses die Anfrage an die zuständige MB weiter (auch hier: Einleitung des Anhörungsverfahrens nach § 51 (2))
 - falls ASP 11: Unterrichtung des Betroffenen und der veranlassenden Stelle gemäß § 51 (3)
- bei ASP 1, 6, und 12
 - Antwort an den Anfragenden: "keine Mitteilung da ASP nach § 51 (5) vorliegend"
 - Fall für MB ist der Fall damit abschließend bearbeitet (es erfolgt hier keine Anhörung)
- folgende entfallen:
 - Internet-ASP
 - ASP Informationelle Selbstbestimmung nach § 6 MRRG
- bedingte Sperrvermerke nach § 52
 - vermutlich ebenfalls neutrale Antwort und Anhörungsverfahren
 - zu besprechen im EMRA-Workshop

Weitere für den EMRA-Workshop gesammelte Themen und Stichworte

- Namen in der Anfrage
- Schalter `option. Auskunft` mit Schlüsseltabelle Auskunftersuchen Optionen
- CL
 - Schlüsseltabelle Antwortstatus
 - Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Ergebnisstatus
 - Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Zusatzinformation
 - Schlüsseltabelle Wohnung Beziehung zur Person
- Elemente `grundderabfrage / anfrageanlass / zeichensuchprofil / zeichennachricht`
- Schalter `wiederholanfrage`
- Elemente: `anzahlderverbleibendenversuche / steuerungsinformation / wiederholanfrage`
- `type.Kunde` (Nachrichtenkopf)
- Anforderungen der Portal-Portal-Kopplung
 - Anfrage an Portal-Service in Land A; das Portal deckt Land B ab (siehe Abbildung)
 - technische Voraussetzung dafür ist die Kopplung der entsprechenden Verfahren
- Nachrichten 600/601 vs. Nachrichten 602-604

Bearbeitet durch: EMRA-WS

Bearbeitet am: 2014-04-01

Prozesse / Prozessmodell

Im Folgenden werden Prüfungen und Fachlogik, dargestellt, welche in der Meldebehörde berücksichtigt werden müssen. Änderung: Das EMRA-Prozessmodell aus XMeld 1.8.1 ist entsprechend anzupassen:

Rechtliche und verfahrenstechnische Prüfungen

(bei Verstößen: fachliche Fehlerbehandlung, ist unten entsprechend zu den EMRA-Schlüsseltabellen notiert; Ausnahme: Schemaprüfung)

- Suchkriterien:
 - sind die mandatorischen enthalten (Namen / Vornamen)? (Schemaprüfung)
 - ist die richtige Anzahl und Auswahl der weiteren Merkmale enthalten (mindestens zwei)?
- die für die Protokollierung notwendigen Daten sind vorhanden?
- Konsistenzprüfung "gewerblicher Zweck"
 - Angabe über gewerblichen Zweck konsistent vorliegend (wenn "ja", muss auch der Zweck enthalten sein)
- Konsistenzprüfung Angabe zu "Adresshandel oder Werbung"
 - Angaben zum gewerblichen Zweck muss konsistent sein mit der Angabe zu "Adresshandel oder Werbung" (Konsistenzprüfung)

Identifikation

- im Melderegister suchen
- Treffermenge = 1 / Treffermenge > 1 / Treffermenge = 0

Treffermenge = 0

- neutrale Antwort ("kein Treffer oder ASP"), keine Daten
- Ende / ggf. auf Wunsch Weiterleitung zur manuellen Nachbearbeitung

Treffermenge > 1

- Antwort, dass nicht eindeutig identifiziert (Treffermenge > 1), keine Daten
- Ende / ggf. auf Wunsch Weiterleitung zur manuellen Nachbearbeitung (Serviceleistung)

Treffermenge = 1

- Prüfung ASP einleiten
- Prüfung bedingter Sperrvermerk einleiten

Prüfung ASP

- prüfen ob ASP vorliegt
- Konsequenzen einleiten:
 - o neutrale Antwort liefern, keine Daten
 - o bei ASP 3 oder 11: Weiterleitung an die manuelle Bearbeitung (nach § 51)
 - o bei ASP 1, 6, 12: keine Weiterleitung (mit der neutralen Antwort endet das Verfahren)

Prüfung bedingter Sperrvermerk

- prüfen ob bedingter Sperrvermerk vorliegt
- Konsequenzen einleiten:
 - o neutrale Antwort liefern, keine Daten
 - o Weiterleitung an die manuelle Bearbeitung (nach § 51)

Prüfung Einwilligung

- falls der Anfragende "Adresshandel oder Werbung" angegeben hat:
 - o ist eine generelle Einwilligung (DSMeld 1308) im Melderegister eingetragen oder liegt eine Einwilligung gegenüber dem Anfragenden vor
 - wenn nein:
 - Hinweis "Einwilligung fehlt", keine Daten, Ende
 - das ist ein belastender Verwaltungsakt: Bescheid "Antrag wird abgelehnt aus den und den Gründen", Rechtsbehelfsbelehrung (nicht XMeld)

Ergebnis aufbereiten

- Ergebnisdaten zusammenstellen
- Erteilung der Auskunft und Hinweis auf § 47 BMG (Hinweis auf die Zweckbindung und Löschungsverpflichtung)
- fristgemäße Löschung der Auskunft (nach Ablauf des folgenden Kalenderjahres)

Nachrichten und Funktionalitäten / Themen und offene Punkte

Thema	Diskussion und Beschlüsse zur Umsetzung
Anfragenachricht	
Angabe zum gewerblichen Zweck	<ul style="list-style-type: none">- optionales Element "gewerblicher Zweck", in den der gewerbliche Zweck eingetragen wird (ob als CL und / oder als Freitext, kann definiert werden, sobald geklärt durch UAG Org was die Semantik der Angabe sein soll (siehe oben)- Häufigkeit 0..1- Rubrik: "Angaben zur Anfrage"

Thema	Diskussion und Beschlüsse zur Umsetzung
Erklärung zu "Adresshandel oder Werbung"	<ul style="list-style-type: none"> - Bool-Element "zum Zweck des Adresshandels" <ul style="list-style-type: none"> o true: zum Zweck des Adresshandels o false: nicht zum des Adresshandels - Bool- Element " zum Zweck der Werbung" <ul style="list-style-type: none"> o true: zum Zweck der Werbung o false: nicht zum der Werbung - Häufigkeit jeweils 1 - Regel: es darf nicht beides auf true gesetzt werden - Rubrik: "Angaben zur Anfrage" <p>Dokumentation deutlich und unmissverständlich fassen.</p>
Angabe zu "Einwilligung gegenüber dem Anfragenden"	<ul style="list-style-type: none"> - Element "Einwilligung wurde erteilt" - Häufigkeit 0...1 - Schlüsseltabelle "Einwilligung Datenübermittlung" verwenden - Rubrik: "Angaben zur Anfrage"
Umsetzung Nachrichtenkopf	<p><code>type.Kunde</code> (Nachrichtenkopf)</p> <ul style="list-style-type: none"> - keine Notwendigkeit für BMG-Anpassungen (gilt für Nachrichten 600 und 601) - <code>xmeld:type.Zahlungsart</code> muss angepasst werden <ul style="list-style-type: none"> o für SEPA-Daten Container: statt blz und kontonummer eintragen: IBAN und BIC
Umsetzung der Auswahldaten in der Anfragenachricht	<ul style="list-style-type: none"> - Namen / Vornamen wie im Suchprofil Polizeiauskunft XMeld 1.8.1 darstellen: Elemente "nachname" und "vornamen" (mandatorisch) - Objekte gemäß § 3 Abs. 1 (außer Nummern 1 bis 4, 7, 10 und 11), optional - Regel: von Spiegelstrich 2 mindestens zwei Objekte gefüllt <p>Rubrik "Suchprofil"</p>
Elemente zur Referenz	<p><code>zeichennachricht</code> → bleibt</p> <p>Rubrik: separat parallel zum Nachrichtenkopf (nicht Teil der Einzelabfrage)</p> <p>-----</p> <p><code>zeichensuchprofil</code> → umbenennen in "zeicheneinzelfall"</p> <p><code>anfrageanlass</code> → wird abgelöst von "gewerblicher Zweck"</p> <p><code>grundderabfrage</code> → streichen</p> <p>Rubrik: "Angaben zur Anfrage"</p>
Servicewünsche des Anfragenden	<ul style="list-style-type: none"> - <code>option.auskunft</code> mit Schlüsseltabelle "Auskunftersuchen Optionen" - Änderung: Schlüssel 03 streichen - Die restlichen Schlüssel sollen zunächst so bleiben. Falls Interesse an Zusammenfassung der Schlüsseltabelle besteht, kann ein CR gestellt werden. - Rubrik: Steuerungsinformation
Steuerung Wiederholanfrage	<ul style="list-style-type: none"> - <code>wiederholanfrage</code> - <code>anzahlderverbleibendenversuche</code>

Thema	Diskussion und Beschlüsse zur Umsetzung
	<p>(Antwortnachricht)</p> <ul style="list-style-type: none"> – sollen bleiben – Rubrik: Steuerungsinformation
Adresskettenverfolgung	<ul style="list-style-type: none"> – <code>steuerungsinformation</code> (Adresskettenverfolgung mit Kostenlimit) – soll bleiben – Rubrik: Steuerungsinformation
Phonetische Suche	<ul style="list-style-type: none"> – neu: phonetische Suche – darf nur für Namensinformation verwendet werden – bedeutet "auf die Namensinformation sollen phonetische Suchmechanismen angewendet werden" – konsistent mit Behördenauskunft darstellen – Rubrik: Steuerungsinformation
durch die MB zu protokollierende Daten	<p>zu protokollieren ist nach § 40 Abs. 1:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die abrufberechtigte Stelle, 2. die abgerufenen Daten, 3. den Zeitpunkt des Abrufs, 4. soweit vorhanden, das Aktenzeichen der abrufenden Behörde 5. die Kennung der abrufenden Person <p>Kommentar:</p> <ul style="list-style-type: none"> - ist alles abgedeckt durch Informationen in der Anfragenachricht bzw. durch Informationen, die der MB zur Verfügung stehen - offene Frage: Anwenderkennung (Punkt 5) <ul style="list-style-type: none"> o wird demnächst nicht mehr Bestandteil des Nachrichtenkopfs sein (XInneres) o ist dann in Nachrichten 600 / 602 in XMeld zu ergänzen (so wie in Nachrichten 300 und Behördenauskunft: in den drei Fällen konsistent bzw. einheitlich zu lösen) <p>Zusätzlich zu protokollieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> - soweit vorhanden: der gewerbliche Zweck § 44 (1) - die Erklärung zum Thema "Adresshandel oder Werbung" § 44 (3 Ziffer 2) - soweit vorhanden: die Einwilligung gegenüber dem Anfragenden - soweit vorhanden: die generelle Einwilligung <p>Änderung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - im Fall der Nachrichten 602-604 reicht ein String zur Identifizierung des Kunden nicht aus - deshalb ist hier <code>type.Kunde</code> einzusetzen
Antwortnachrichten	
Umsetzung der Ergebnisdaten	<p>Anschrift</p> <p>übermittelt werden nur die gegenwärtigen Anschriften</p> <p>Änderung (Nachrichten 601 und 604):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Container <code>ergebnisdaten</code> (optional) ergänzen; darin:

Thema	Diskussion und Beschlüsse zur Umsetzung
	<ul style="list-style-type: none"> - statt wohnung soll ein Element anschrift.aktuell (type.AnschriftMelderecht) verwendet werden <ul style="list-style-type: none"> o Häufigkeit: 0...n (Begründung: wenn verstorben, dann ist "0" einzutragen) - Element namen (Häufigkeit 1): <ul style="list-style-type: none"> o dürfen nur enthalten sein: Familienname (auch unstrukturiert; einschl. nichtVorhanden), Vornamen (einschl. nichtVorhanden), Doktorgrad (optional) o entsprechende Einschränkung von typeNameNatuerlichePerson einfügen
Schlüsseltabellen	<ul style="list-style-type: none"> - Schlüsseltabelle Wohnung Beziehung zur Person - Schlüsseltabelle Antwortstatus - Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Ergebnisstatus - Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Zusatzinformation <p>Beschluss:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➔ Zu entfernende Einträge in der Darstellung siehe unten. ➔ Zu ergänzende Schlüssel ebenfalls siehe unten.
Auftragsnummer	<p>auftragsnummer auftragspositionsnummer</p> <ul style="list-style-type: none"> - soll bleiben - Rubrik: Statusinformation oder Verarbeitungsinformation

Schlüssel und Tabellen

Analyse der Einträge aus CL Wohnung Beziehung zur Person

01 aktuell - **kontrovers**

02 verzogen - **kontrovers**

03 verstorben – ist zulässig und notwendig

- die Tatsache dass verstorben wird durch diesen Schlüssel übermittelt
- dann darf keine Anschrift im Ergebnis enthalten sein (aber der Name ist enthalten)

Diskussion zu den Schlüsseln 01 und 02:

- Zulässigkeit wird kontrovers diskutiert
 - o Position contra: Status der Person (aktueller Einwohner oder verzogener Einwohner) ist nicht zum Regelungsinhalt der EMRA, also nicht zulässig. Auf der anderen Seite: Dass der Nutzen dieser Information durch die Praxis belegt ist, scheint fraglich.
 - o Position pro: Ist ableitbar aus dem Auskunftsergebnis, deswegen kann es keine inhaltliche zusätzliche Information sein. Also muss es zulässig sein. (ob es für den Anfragenden nützlich ist steht auf einem anderen Blatt; das wird durch die Praxis aber belegt)

➔ muss zur Entscheidung dem Änderungsbeirat vorgelegt werden (siehe analoge Fragestellung zu der CL in CR-2012-42_Überarbeitung_Behördenauskünfte (AG Mod Sitzung von Feb 2014))

Analyse der Einträge aus CL Melderegisterauskunft Ergebnisstatus

01 Der Betroffene wurde im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister eindeutig identifiziert. Die Daten werden übermittelt.

02 Der Betroffene wurde im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister eindeutig identifiziert. Es werden keine Daten übermittelt. – **entfällt künftig, der rechtliche Sachverhalt ist entfallen**

03 Der Betroffene konnte im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister nicht oder nicht eindeutig identifiziert werden. Es werden keine Daten übermittelt.

SOLL: 03 Der Betroffene konnte im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister nicht eindeutig identifiziert werden. Es werden keine Daten übermittelt.

04 Diese Dienstleistung kann in diesem Fall nicht im automatisierten Verfahren erbracht werden – **entfällt künftig, der rechtliche Sachverhalt ist entfallen**

neu: z.B. 05 "Eine Auskunft kann aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht erteilt werden."

Folgende Sachverhalte sind zu übermitteln:

- Treffermenge = 1
→ eindeutig identifiziert, übermittelt werden hier die Ergebnisdaten
- Treffermenge > 1
→ zu viele Treffer: keine Daten / Mitteilung der Tatsache, dass keine eindeutige Identifikation möglich ist
- Treffermenge = 0 (nach Abzug der Treffer mit ASP)
→ nicht identifiziert: keine Daten oder es liegt eine ASP vor, also neutrale Antwort, welche im Fall der EMRA lautet "Die Auskunft kann aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht gegeben werden"

Analyse Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Zusatzinformation

01 Betroffener unter anderer Adresse in der angefragten Gemeinde gemeldet (Daten werden übermittelt)

02 Adresse (Straße) wurde nicht gefunden (gehört nicht zu der angefragten Gemeinde oder ist fehlerhaft)

03 Person führt einen anderen Vornamen

04 Person führt einen anderen Familiennamen

05 Für den Betroffenen besteht eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 5 MRRG – **streichen, da rechtlich nicht passend**

06 Für den Betroffenen besteht eine Auskunftssperre nach § 21 Abs. 1a MRRG – **streichen, da rechtlich nicht passend**

08 Die angeforderte Dienstleistung wird ohne erneute Anforderung manuell erbracht werden

09 Eine manuelle Bearbeitung ist gesondert zu beantragen

10 Die Berechtigung für diese Einzelanfrage fehlt oder ist nicht ausreichend

11 Sonstiger technischer Fehler dieser Einzelanfrage (z. B. korrupte Daten)

12 Das Suchprofil dieser Einzelanfrage ist ungültig oder wird nicht unterstützt.

13 Diese Auskunft wird auch in den Fällen erteilt, in denen eine Auskunftssperre besteht. – **streichen, da rechtlich nicht passend**

14 Die Suche im Melderegister ergab Null Treffer – **streichen, da rechtlich nicht passend**

15 Die Suche im Melderegister ergab mehr als einen Treffer

16 Person ist unbekannt verzogen – **streichen, da rechtlich nicht passend**

17 Die gemeindeübergreifende Suche wurde abgebrochen. Die in der Steuerungsinformation angegebenen Restriktionen sind eingetreten.

Analyse Schlüsseltabelle Antwortstatus

00 Leistung wurde erbracht

01 Anfrage kann aus technischen Gründen nicht gelesen werden (Anfragefehler)

03 Berechtigung für diese Anfrage fehlt

04 Gebührenregelung nicht positiv abgeschlossen

05 Angeforderte Leistung wird technisch derzeit nicht unterstützt

06 Der Betroffene konnte im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister nicht oder nicht eindeutig identifiziert werden. Es werden keine Daten übermittelt. – **streichen, da rechtlich nicht passend**

Zu übermitteln sind ferner folgende Sachverhalte:

- Zweck ist Adresshandel oder Werbung, die dafür nötige Einwilligung liegt aber nicht vor.
- Protokolldaten fehlen oder sind unvollständig
- Angaben zum gewerblichen Zweck fehlerhaft
- Angaben zu Adresshandel bzw. Werbung sind fehlerhaft bzw. passen nicht zu den Angaben zum gewerblichen Zweck

Verschiedenes

ASP

- Korrektur zur Bearbeitung aus EG14-04 AG Mod 2:
 - o neutrale Antwort erfolgt nach allen relevanten Arten von ASP
 - o und ebenfalls bei bedingten Sperrvermerken

Präzisierung zu "gewerblicher Zweck"

- rechtliche Interpretation ist hier weit zu fassen
- heißt: jegliche Weitergabe von Daten gegen Bezahlung würde darunter fallen

Vergleich mit 602-604

Unterschiede Nachrichten 600/602

- Nachrichtenkopf: type.Behoerde vs. type.Dienstleister (String)
- 602 mit Steuerungsinformation zur Adresskettenverfolgung

Unterschiede Nachrichten 601 / 604

- 604 mit melderegisterrauskunfteinfach.bearbeitungsstand
- 604 mit xmeld:kosteninformation

Beschluss: In einem separaten Optimierungs-CR wäre zu prüfen, ob eine Konsolidierung sinnvoll ist.

Mögliche zusätzliche Schalter

In den Portalen Bayern und BW werden zusätzlich folgende Schalter, zur Steuerung des Dienstes durch den Anfragenden verwendet:

- Anzahl zu durchsuchender Gemeinden
- synchron / asynchron
- Auskunftsart
- Kundennummer
- Auftragsverarbeitung:
 - Auftragsnummer
 - gesamt
 - Auslieferungsdatum

Beschluss:

- Wird von der Sache her als interessant bewertet.
- Ist Gegenstand eines separaten CRs, wird also hier nicht weiter betrachtet.

Suchbereich zur EMRA

- die Funktionalität "Suchbereich" wäre bei Anfragen an zentrale Register interessant
- auch im Sinne einer Vereinheitlichung mit der Behördenauskunft ggf. nützlich
- wäre ebenfalls Gegenstand eines separaten CRs zu Weiterentwicklung der EMRA

Anforderungen der Portal-Portal-Kopplung

- EMRA soll die Anforderungen der Portal-Portal-Kopplung noch besser erfüllen
- Begriff Portal-Portal-Kopplung:
 - o gemeint ist eine Kooperation zweier Portale bzw. Broker A und B, so dass eine Anfrage an Portal-Service A auch Registerdaten im Bereich des Portals B abdeckt (siehe Abbildung zur Kopplung der Portale der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen)

○ technische Voraussetzung dafür ist die Kopplung der entsprechenden Verfahren
Ist Gegenstand eines CRs zur Optimierung. Kann sinnvoll diskutiert werden, sobald die erwartete Portalverordnung vorliegt.

Regionalbezug von Anfragen an zentrale Register

- Idee: falls die Anfrage nicht an eine örtliche Meldebehörde gestellt wird, sondern an ein zentrales Register, dann muss dennoch über einen Regionalbezug (AGS, Wohnort oder PLZ) die Suche gestartet werden.
- d.h. es soll nicht mit anschriftsunabhängigen Merkmalen im gesamten Landesbestand gesucht werden
- Beschluss: Klärung zu Auswahldaten durch UAG Org abwarten. Dann noch mal draufschauen.
- Ggf. Fehlerschlüssel ergänzen "Regionalisierung kann nicht durchgeführt werden." (AGS, PLZ oder Wohnort fehlt; oder AGS, PLZ oder Wohnort können nicht zugeordnet werden)

Protokollierung

Protokollierungsregeln in § 40 scheinen unvollständig dargestellt zu sein hins. der neuen EMRA-Regeln. Von der Sache her scheint aber klar zu sein, dass zusätzlich zu protokollieren sind:

- soweit vorhanden: der gewerbliche Zweck § 44 (1)
- die Erklärung zum Thema "Adresshandel oder Werbung" § 44 (3 Ziffer 2)
- soweit vorhanden: die Einwilligung gegenüber dem Anfragenden
- soweit vorhanden: die generelle Einwilligung

Dazu wurde eine Aufgabe erfasst (EMRA-WS Nr. 1)

Thema Protokollierung bei Portal-Portal-Kopplung

- hier protokolliert Portal B das Portal A als Anfragenden
- Portal muss nicht darüberhinaus die Identität des Endkunden protokollieren

Optimierung Information zum Preis

- in Nachricht 0604 ist eine Preisinformation enthalten (Preis für den Endkunden in Eurocent)
- es werden Optimierungsideen diskutiert
 - Trennung netto / brutto (bzw. Gebühren / Preis)
 - Kosteninformation auch in Nachricht 0601
 - Kostendifferenzierung je nach Art des Ergebnisses (Positivauskunft / Negativauskunft Nachrecherche)
- wäre ebenfalls Gegenstand eines Optimierungs-CRs

Bearbeitet durch: JA/JG/JH

Bearbeitet am: 2014-04-09

Folgende Fragestellung wurde dem Änderungsbeirat vorgelegt:

Bei der Erteilung einer einfachen Melderegisterauskunft (EMRA) sind in einer OSCI-XMeld Schlüsseltabelle folgende Eintragungen zur Person gegenwärtig (XMeld 1.8.1) vorgesehen:

- 1 für aktuell (meint aktueller Einwohner)
- 2 für inaktuell (meint inaktueller/verzogener Einwohner) und
- 3 für verstorben

Im Gegensatz zu „verstorben“ werden die Zulässigkeit der Übermittlung der Sachverhalte „aktuell“ und „inaktuell/verzogen“ im EG kontrovers diskutiert.

Folgende Positionen zur Frage der Zulässigkeit bestehen:

- Position contra:

Der gegenwärtige Status der Person (aktueller Einwohner oder inaktueller/verzogener Einwohner) aus Sicht der Meldebehörde ist nicht Regelungsinhalt von § 44 Abs. 1 BMG. Der maximal zu

übermittelnde Datenumfang besteht aus dem Familiennamen, den Vornamen, dem Doktorgrad und den derzeitigen Anschriften sowie der Tatsache, dass die Person verstorben ist.

Die Übermittlung des Status „aktuell“ oder „verzogen“ ist ebenso unzulässig, wie die Mitteilung „Hauptwohnung“ oder „Nebenwohnung“ bei mehreren Anschriften, die Kennzeichnung des gebräuchlichen Vornamens oder die Angabe, um welche Art von Familiennamen es sich handelt, wenn der angefragte Nachname vom übermittelten Nachnamen der Person abweicht.

- Position pro:

Die Statusinformation „aktuell“ oder „verzogen“ stellt inhaltlich keine Erweiterung des rechtlich zulässigen Datenumfangs der Auskunft nach § 44 Abs. 1 BMG dar, da die betreffenden Sachverhalte auch aus der Bewertung des Auskunftsergebnisses ableitbar sind. Das Ausweisen des Status erleichtert lediglich die Bewertung der Auskunft durch den Anfragenden. Da der Informationsgehalt der Auskunft nicht erweitert wird, wird die Übermittlung dieser Zusatzinformation somit als zulässig betrachtet.

Hinweis: die Übermittlung eines diesbezüglichen Statuswertes ist Praxis bei der Auskunftserteilung in mehr als einem Bundesland und wird durch die Anfragenden, insbesondere Großkunden gewünscht.

Bearbeitet durch: Änderungsbeirat

Bearbeitet am: 2014-04-16

Zur vorgelegten Frage von 2014-04-09 hat der Änderungsbeirat wie folgt geantwortet:

Brandenburg: Mein eindeutiges Votum: Ich unterstütze die Position Contra!

BMI: Wenn die Zusatzinfo so leicht zu erschließen ist, bedarf es ihrer auch nicht. Position Contra ist zu bevorzugen.

Frankfurt: Die explizite Ausweisung, dass eine Person, die eine Meldeanschrift in der Gemeinde besitzt aktuell, bzw. umgekehrt nicht aktuell ist, wird für zulässig, aber in der Praxis nicht erforderlich erachtet.

Begehrlichkeiten von Großkunden sind mir nicht bekannt.

Nordrhein-Westfalen: Zustimmung zu Brandenburg

**Bearbeitet durch: SM
nachtrag vom 9.5.2014**

Bearbeitet am: 2014-04-16

Versuch der redaktionellen Bearbeitung des Textes in der Spezifikation auf Basis von Dokument: \kosit\meld\organisation\wartung_pflege\Überarbeitung_Spezifikation\Strukturiert\IV - Kommunikation mit anderen Empfangsberechtigten\IV.12-Die einfache Melderegisterauskunft\ 35-Melderegisterauskunft_Step2.doc.

Problem ist die Feststellung im Workshop, dass die Länder/Verfahrenshersteller die Nachrichtenpaare 600/601 und 602/603 nicht immer im Sinne der Spezifikation bei der Adresskettenverfolgung verwenden. Die Beschreibung der Prozesse ist dann schwierig, weil sich die Beschreibung an der Theorie oder an der Praxis orientieren könnte.

Zusätzlich wird der Begriff ‚Broker‘ nach meinem Eindruck nicht einheitlich verwendet. Die Spezifikation sieht ihn als (gewerblichen) Dienstleister, der Nachrichten auswertet und weitervermittelt bis ein Guthaben aufgebraucht ist oder eine aktuelle Anschrift ermittelt ist. In der Praxis wird wohl auch die Funktionalität bei einer Anfrage (an ein zentrales Register?) die aktuelle Anschrift zu ermitteln als Broker bezeichnet. Auch hier die Frage soll die im Detail unklare Praxis beschrieben werden oder ein theoretisches Konstrukt. Auf gar keinen Fall halte ich es für denkbar einen gewerblichen Dienstleister in der Spezifikation aufzuführen.

Der Text ist bis zu den Datentypen überarbeitet. Generell wurde im gesamten Dokument der Begriff kunde bzw. Endkunde durch Anfragende Person oder Stelle ersetzt. Dies wirkt sich auch bei der Bezeichnung von Datentypen aus.

Bearbeitet durch: UAG Recht**Bearbeitet am: 2014-04-23**

Für die Zweckfeststellung soll es eine optionale Werteliste sowie ein Freitextfeld geben. Dadurch soll ermöglicht werden, eine Prüfung der Zweckbindung vorzunehmen. Die AG BMG wird voraussichtlich eine Werteliste abstimmen.

Bearbeitet durch: KOSIT/JH**Bearbeitet am: 2014-04-23**

Es wird vorgeschlagen eine Codeliste für die Zweckbindung in der einfachen Melderegisterauskunft, wie von der UAG Recht gewünscht optional vorzusehen. Da die Codeliste von den Ländern und vom Bund im Rahmen der AG BMG noch abgestimmt wird, kann keine schemavalidierende Codeliste aufgenommen werden. Die Codeliste sollte daher vom Typ 3 aufgenommen werden und von der KoSIT im XRepository zur Verfügung gestellt werden. Unklar ist, wer als Herausgeber auftreten soll.

Bearbeitet durch: YR**Bearbeitet am: 2014-05-09**

Die Nachrichten 0600-0604 mit den zugehörigen Typen wurden folgendermaßen angepasst:

Aus der Analyse vom 2014-04-01 und den nachträglichen Entscheidungen ergibt sich folgende Grobstruktur für die Nachrichten:

Anfragennachrichten (600 bzw. 602)

- Nachrichtenkopf
 - type.Kunde angepasst (neu: wird auch in 602 verwendet)
- zeichennachricht
- anwenderkennung
- auskunft.anforderung (1..n)
 - anfragedaten
 - zeicheneinzelfall
 - gewerblicher Zweck
 - Erklärung zu "Adresshandel oder Werbung"
 - Angabe zu "Einwilligung gegenüber dem Anfragenden"
- suchprofil
 - auswahldaten
- steuerungsinformationen
 - option.auskunft
 - wiederholanfrage
 - steuerungsinformation adresskettenverfolgung

Antwortnachrichten (601 bzw. 604)

- Nachrichtenkopf
- ggf. schlüssel antwortstatus
- zeichennachricht
- auftragsnummer
- auskunft.antwort (1..n)
 - auftragspositionsnummer
 - auskunft.angefordert
 - der komplette Block von oben --
 - ergebnisdaten
 - schlüssel zur antwort
 - ergebnisstatus
 - beziehungpersonwohnung
 - zusatzinformation
 - namen 1
 - familiename 1
 - vornamen 1
 - doktorgrad 0..1
 - anschrift.aktuell (type.AnschriftMelderecht) 0...n
- steuerungsinformation
 - anzahlderverbleibendenversuche

Thema	Diskussion und Beschlüsse zur Umsetzung
Anfragenachricht	
Umsetzung Nachrichtenkopf	type.Kunde geändert: <ul style="list-style-type: none"> - xmeld:type.Zahlungsart angepasst <ul style="list-style-type: none"> o hat jetzt Elemente iban und bic
durch die MB zu protokollierende Daten	Änderungen: <ul style="list-style-type: none"> - für die Nachrichten 602-604 zur Identifizierung des Kunden type.Kunde eingefügt (statt bloß String) - Element anwenderkennung ergänzt
Anfragedaten	
Referenz / gewerblicher Zweck	zeichensuchprofil → in type.suchprofil umbenannt in zeicheneinzelfall anfrageanlass → umbenannt in gewerblicherZweck <ul style="list-style-type: none"> - optionales Element "gewerblicher Zweck", in den der gewerbliche Zweck eingetragen wird - Häufigkeit 0..1 - Laut Beschluss UAG Org Kombination von Codeliste mit Freitextfeld, das passende XÖV-CL-Muster angewendet grundderabfrage → gestrichen Rubrik: "Angaben zur Anfrage"
Erklärung zu "Adresshandel oder Werbung"	<ul style="list-style-type: none"> - Bool-Element "zum Zweck des Adresshandels" <ul style="list-style-type: none"> o true: zum Zweck des Adresshandels o false: nicht zum des Adresshandels - Bool- Element " zumZweckDerWerbung" <ul style="list-style-type: none"> o true: zum Zweck der Werbung o false: nicht zum der Werbung - Häufigkeit jeweils 1 - Regel nachtragen in der Doku: es darf nicht beides auf true gesetzt werden - Rubrik: "Angaben zur Anfrage" Dokumentation deutlich und unmissverständlich fassen.
Angabe zu "Einwilligung gegenüber dem Anfragenden"	<ul style="list-style-type: none"> - Element "Einwilligung wurde erteilt" - Häufigkeit 0...1 - Schlüsseltabelle "Einwilligung Datenübermittlung" verwenden - Rubrik: "Angaben zur Anfrage"
Suchprofil	
Umsetzung der Auswahldaten in der Anfragenachricht	<ul style="list-style-type: none"> - Namen / Vornamen wie im Suchprofil Polizeiauskunft XMeld 1.8.1 darstellen: Elemente "nachname" und "vornamen" (mandatorisch) - Objekte gemäß § 3 Abs. 1 (außer Nummern 1 bis 4, 7, 10 und 11), optional - Regel: von Spiegelstrich 2 mindestens zwei Objekte gefüllt, in Doku nachtragen

Thema	Diskussion und Beschlüsse zur Umsetzung
	Rubrik "Suchprofil"
Steuerungsinformation	-
Servicewünsche des Anfragenden	<ul style="list-style-type: none"> - option.auskunft mit Schlüsseltabelle "Auskunftersuchen Optionen" - Änderung: Schlüssel 03 streichen - Die restlichen Schlüssel sollen zunächst so bleiben. Falls Interesse an Zusammenfassung der Schlüsseltabelle besteht, kann ein CR gestellt werden. - Rubrik: Steuerungsinformation
Steuerung Wiederholanfrage	<ul style="list-style-type: none"> - wiederholanfrage - soll bleiben - Rubrik: Steuerungsinformation
Adresskettenverfolgung	<ul style="list-style-type: none"> - steuerungsinformation (Adresskettenverfolgung mit Kostenlimit) - Rubrik: Steuerungsinformation
Phonetische Suche	<ul style="list-style-type: none"> - neu: phonetische Suche - darf nur für Namensinformation verwendet werden - bedeutet "auf die Namensinformation sollen phonetische Suchmechanismen angewendet werden" - konsistent mit Behördenauskunft darstellen - Rubrik: Steuerungsinformation
Antwortnachrichten	
Umsetzung der Ergebnisdaten	<p>Anschrift übermittelt werden nur die gegenwärtigen Anschriften Änderung (Nachrichten 601 und 604):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Container ergebnisdaten (optional) ergänzt; darin: - statt wohnung Element anschrift.aktuell (type.AnschriftMelderecht) Häufigkeit: 0...n - Element namen (Häufigkeit 1): <ul style="list-style-type: none"> o nur enthalten: Familienname (auch unstrukturiert; einschl. nichtVorhanden), Vornamen (einschl. nichtVorhanden), Doktorgrad (optional) o vorhandenen passenden Typ eingefügt
Schlüsseltabellen	<ul style="list-style-type: none"> - Schlüsseltabelle Wohnung Beziehung zur Person - Schlüsseltabelle Antwortstatus - Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Ergebnisstatus - Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Zusatzinformation <p>muss noch überarbeitet werden gemäß Analyse oben</p>
Auftragsnummer	<p>auftragsnummer auftragspositionsnummer</p>
Steuerung Wiederholanfrage	<ul style="list-style-type: none"> - anzahlserverbleibendenversuche (Antwortnachricht) - Rubrik: Steuerungsinformation

Protokollierung

Eintrag s.o.:

"Protokollierungsregeln in § 40 scheinen unvollständig dargestellt zu sein hins. der neuen EMRA-Regeln. Von der Sache her scheint aber klar zu sein, dass zusätzlich zu protokollieren sind:

- soweit vorhanden: der gewerbliche Zweck § 44 (1)
- die Erklärung zum Thema "Adresshandel oder Werbung" § 44 (3 Ziffer 2)
- soweit vorhanden: die Einwilligung gegenüber dem Anfragenden
- soweit vorhanden: die generelle Einwilligung"

und Aufgabe EMRA-WS Nr. 1

- Gegenstand für Diskussion in AG Mod

Schlüssel und Tabellen

- Gegenstand für Diskussion in AG Mod

Die Situation nach der Analyse aus 2014 sieht folgendermaßen aus:

EBENE NACHRICHT:

Einträge aus Schlüsseltabelle **Antwortstatus**

- 00 Leistung wurde erbracht
- 01 Anfrage kann aus technischen Gründen nicht gelesen werden (Anfragefehler)
- 03 Berechtigung für diese Anfrage fehlt
- 04 Gebührenregelung nicht positiv abgeschlossen
- 05 Angeforderte Leistung wird technisch derzeit nicht unterstützt

EBENE Einzelauskunft:

Verbleibende und angepasste Einträge aus **CL Melderegisterauskunft Ergebnisstatus**

- 01 Der Betroffene wurde im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister eindeutig identifiziert. Die Daten werden übermittelt.
- 03 Der Betroffene konnte im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister nicht eindeutig identifiziert werden. Es werden keine Daten übermittelt.
- 05 Eine Auskunft kann aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht erteilt werden.

schon beschlossen wurde:

→ Diese CL soll nicht fusioniert werden mit der entsprechenden Schlüsseltabelle aus Behördenauskunft (siehe CR-2012-42_Überarbeitung_Behördenauskünfte)

Verbleibende Einträge aus **CL Wohnung Beziehung zur Person**

- 03 verstorben

Verbleibende Einträge aus **CL Melderegisterauskunft Zusatzinformation**

- 01 Betroffener unter anderer Adresse in der angefragten Gemeinde gemeldet (Daten werden übermittelt)
- 02 Adresse (Straße) wurde nicht gefunden (gehört nicht zu der angefragten Gemeinde oder ist fehlerhaft)
- 03 Person führt einen anderen Vornamen
- 04 Person führt einen anderen Familiennamen
- 08 Die angeforderte Dienstleistung wird ohne erneute Anforderung manuell erbracht werden
- 09 Eine manuelle Bearbeitung ist gesondert zu beantragen
- 10 Die Berechtigung für diese Einzelanfrage fehlt oder ist nicht ausreichend
- 11 Sonstiger technischer Fehler dieser Einzelanfrage (z. B. korrupte Daten)
- 12 Das Suchprofil dieser Einzelanfrage ist ungültig oder wird nicht unterstützt.
- 15 Die Suche im Melderegister ergab mehr als einen Treffer
- 17 Die gemeindeübergreifende Suche wurde abgebrochen. Die in der Steuerungsinformation angegebenen Restriktionen sind eingetreten.

Zusätzlich aufzunehmende Fehlerinformation:

- Zweck ist Adresshandel oder Werbung, die dafür nötige Einwilligung liegt aber nicht vor.
- Protokolldaten fehlen oder sind unvollständig
- Angaben zum gewerblichen Zweck fehlerhaft
- Angaben zu Adresshandel bzw. Werbung sind fehlerhaft bzw. passen nicht zu den Angaben zum gewerblichen Zweck

Diskussion:

- Vorschlag: Antwortstatus und Ergebnisstatus als CL belassen
- diskutieren ob CL Wohnung Beziehung zur Person und CL Melderegisterauskunft Zusatzinformation zusammengelegt werden sollen, unter Ergänzung der zusätzlichen Fehlerinformationen, Vorschlag:
 - Fehlercodes sollten zu einer CL analog zur neuen Behördenauskunft Nichterstellung Grund zusammengefasst werden (s.o. rot markierte) – Zweck: Begründung warum keine Ergebnisdaten enthalten sind
 - die restlichen als ergänzende Informationen zur Auskunft zusammenfassen

Prozesse / Prozessmodell

- EMRA-Prozessmodell aus XMeld 1.8.1 anpassen gemäß Aufstellung oben

Bearbeitet durch: AG Mod

Bearbeitet am: 2014-05-13

Nachrichten 600/601 werden im Überblick gezeigt.

Soll fertiggestellt werden und für EG14-07 in die AG Test zur QS eingereicht werden.

Bearbeitet durch: YR

Bearbeitet am: 2014-05-17

Aus den Abstimmungen oben ergibt sich, dass es EMRA 3 CLs geben wird:

Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Ergebnisstatus

- 01 Der Betroffene wurde im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister eindeutig identifiziert. Die Daten werden übermittelt.
- 02 Der Betroffene konnte im Rahmen der automatisierten Suche im Melderegister nicht eindeutig identifiziert werden. Es werden keine Daten übermittelt.
- 03 Eine Auskunft kann aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht erteilt werden. Es werden keine Daten übermittelt.

Melderegisterauskunft Nichterstellung Grund

- 01 Die Angaben zum gewerblichen Zweck in der Anfrage sind fehlerhaft.
- 02 Die Angaben in der Anfrage zum Zweck des Adresshandel bzw. der Werbung sind fehlerhaft bzw. passen nicht zu den Angaben zum gewerblichen Zweck.
- 03 Der Zweck der Anfrage ist auf Adresshandel oder Werbung bezogen, die dafür nötige Einwilligung liegt aber nicht vor.
- 04 Die zu protokollierenden Daten sind nicht vollständig
- 05 Die Adresse (Straße) wurde nicht gefunden (gehört nicht zu der angefragten Gemeinde oder ist fehlerhaft)
- 06 Die Berechtigung für diese Einzelanfrage fehlt oder ist nicht ausreichend
- 07 Sonstiger technischer Fehler dieser Einzelanfrage (z. B. korrupte Daten)
- 08 Das Suchprofil dieser Einzelanfrage ist ungültig oder wird nicht unterstützt.
- 09 Die gemeindeübergreifende Suche wurde abgebrochen. Die in der Steuerungsinformation angegebenen Restriktionen sind eingetreten.
- 10 Sonstiger Fehler

CL Melderegisterauskunft Zusatzinformation

- 01 Die betroffene Person ist unter anderer Adresse in der angefragten Gemeinde gemeldet (Daten werden übermittelt)
- 02 Die betroffene Person führt einen anderen Vornamen
- 03 Die betroffene Person führt einen anderen Familiennamen
- 04 Die angefragte Person ist verstorben. Bei der angegebenen Anschrift handelt es sich um die letzte bekannte Wohnung.
- 05 Die angeforderte Dienstleistung wird ohne erneute Anforderung manuell erbracht werden
- 06 Eine manuelle Bearbeitung ist gesondert zu beantragen

Bearbeitet durch: UAG Organisation

Bearbeitet am: 2014-05-20

Folgende Beschlüsse wurden durch die UAG Organisation gefasst (Die Beschlüsse sind noch von der UAG Recht zu bestätigen):

Einfache Melderegisterauskunft

hier: Auswahldaten für EMRA nach § 49 Abs. 4 BMG

Das EG-XMeld empfiehlt, die Daten nach § 49 Abs. 4 BMG weiter einzuschränken (ggf. Regelung in der Verwaltungsvorschrift).

Beschluss:

Die UAG Organisation vertritt die Auffassung, dass keine Einschränkung der Auswahldaten erfolgen muss, da nach § 49 Abs. 4 Nr. 2 BMG nur bei Eindeutigkeit der angefragten Person eine Auskunft erteilt werden darf. Dies gilt auch für die Anfrage über ein zentrales Register. Ob eine landesweite oder lokal begrenzte Suche angeboten wird, ist eine Entscheidung des jeweiligen Landes. Ein Rechtsanspruch auf eine landesweite Suche besteht nicht.

Einfache Melderegisterauskunft

hier: Protokollierung nach § 40 BMG

Das EG XMeld bittet um Klärung von Protokollierungsregeln. In § 40 BMG scheinen diese, hinsichtlich der neuen Regeln bei der einfachen Melderegisterauskunft (an Private) unvollständig dargestellt zu sein. Klar ist aber, dass zusätzlich zu protokollieren sind:

- gewerblicher Zweck nach § 44 Abs. 1 BMG (soweit vorhanden)
- Erklärung, ob die Daten zum Zweck des Adresshandels oder der Werbung verwendet werden (§ 44 Abs. 3 Nr. 2 BMG)
- Einwilligung gegenüber dem Anfragenden (soweit vorhanden)
- generelle Einwilligung (soweit vorhanden)

Beschluss:

Die UAG Organisation vertritt die Auffassung, dass seitens der Meldebehörde der gewerbliche Zweck, die Erklärung über die Einwilligung sowie die Angabe, dass die Auskunft zum Zweck des Adresshandels oder der Werbung zu protokollieren sind. Die Protokollierung der generellen Einwilligung ist bei der Meldebehörde gespeichert bzw. hinterlegt und muss daher nicht protokolliert werden.

Zu beachten ist zudem der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens (BR-Drs. 102/14): Das Recht auf Selbstauskunft soll auf alle Arten der automatisierten Melderegisterauskunft erweitert werden (vgl. § 10 Abs. 1 S. 2 ÄndG-BMG). Zusätzlich soll in § 49 Abs. 5 BMG die Verweisung auf § 40 BMG ergänzt und damit die Rechte auf Selbstauskunft und die Protokollierungspflichten in Einklang gebracht.

Damit wird deutlich gemacht, dass die genannten Daten, soweit sie vorhanden sind, zu protokollieren sind.

Die UAG Recht wird gebeten, diesen Sachverhalt in der nächsten Sitzung zu erörtern.

Einfache Melderegisterauskunft

hier: Speicherung des gewerblichen Zwecks nach § 44 Abs. 1 Satz 2 BMG

Gewerblicher Zweck: Der gewerbliche Zweck muss angegeben werden, wenn ein solcher vorliegt. Wie generisch ist das gemeint? Werteliste ("Inkassoangelegenheit", "Überprüfung Kundenadresse", "Versandhandel") oder Freitext (z.B. Geschäftszeichen eines bestimmten Vorgangs)?

Beschluss:

Die UAG Organisation hält für die Angabe des Zwecks einen Katalog möglicher Angaben für sachgerecht. Hierbei sollten u. a. folgende Zwecke erfasst sein:

- Abgleich von Adressen ohne Weitergabe an Dritte
- Verwendung für Bonitätsprüfung
- Verwendung zu Zwecken der Adresshistorisierung
- Aktualisierung von Bestandskundendaten
- Altersverifizierung

Zusätzlich ist ein Freitextfeld für die Angabe eines nicht vorformulierten Zwecks (z.B.: „sonstiger Zweck: ...“) erforderlich, sofern der Katalog nicht einschlägig ist. Die Zwecke sollten so konkret wie möglich gefasst sein, um Sinn und Zweck des § 44 Abs. 1 Satz 2 BMG Geltung zu verschaffen.

Für den Fall, dass das Freitextfeld befüllt wird, soll die Angabe des Geschäftszeichens zur Konkretisierung des Geschäftszwecks und zur Vereinfachung bei der Erteilung der Auskunft vorgesehen werden. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die Angabe des Zwecks im Freitextfeld in einer pauschalen Angabe bestehen kann, die durch die Angabe eines Geschäftszeichens – sofern ein solches vorhanden ist - zu konkretisieren ist. Für den Fall, dass ein Zweck aus dem Katalog angekreuzt wurde, kann das Geschäftszeichen angegeben werden. Hierbei soll der Hinweis gegeben werden, dass das Geschäftszeichen sich auf einen bestimmten Einzelfall beziehen und damit hinreichend konkret gefasst sein muss, um zur Konkretisierung des Zweckes im Sinne des Gesetzes zu dienen. Ein Geschäftszeichen, das für alle Abfragen eines Unternehmens verwendet wird, ist nach Auffassung der UAG Organisation nicht mit Sinn und Zweck der Vorschrift vereinbar.

Verpflichtend zu befüllen sind damit folgende Felder:

- Ankreuzen eines Zwecks aus dem Katalog oder Befüllen des Freitextfeldes „Zweck“.
- Sofern ein Zweck aus dem Katalog angekreuzt wurde, kann das Feld Geschäftszeichen befüllt werden.
- Sofern das Freitextfeld Zweck befüllt wurde, soll das Feld Geschäftszeichen befüllt werden.

Die Benennung von mehreren Zwecken nebeneinander ist möglich.

Die UAG Recht wird gebeten, das Thema ebenfalls zu erörtern. Hier soll auch erörtert werden, ob ein einheitlicher Katalog zur Verfügung gestellt werden kann.

Bearbeitet durch: YR

Bearbeitet am: 2014-05-23

Bisher waren nur Nachrichten 0600 und 0601 erstellt worden. Jetzt wurden die Nachrichten 0602 und 0604 nachgezogen (0603 blieb unverändert).

Die analogen Nachrichten 0600/0602 einerseits und 0601/0604 andererseits waren (in XMeld 1.8.1) und sind (der aktuelle Entwurf) fast identische. Sie unterscheiden sich lediglich auf die folgende Weise:

Unterschiede 0600 vs. 0602

600

ohne Objekt steuerungsinformationAdressketten

602

mit Objekt steuerungsinformationAdressketten

Unterschiede 0601 vs. 0604

601

ohne Objekte

melderegisterauskunfteinfach.bearbeitungsstand (Ebene Gesamtnachricht)
kosteninformation (Ebene Einzelfall)

604

mit Objekten

melderegisterauskunfteinfach.bearbeitungsstand (Ebene Gesamtnachricht)
kosteninformation (Ebene Einzelfall)

Gewerblicher Zweck

Laut Beschluss UAG Org soll diese Information folgendermaßen dargestellt werden:

- es wird eine Werteliste definiert und diese unabhängig vom XMeld-Releasezyklus von der KoSIT herausgegeben werden (XÖV-Typ 3; Veröffentlichung im XRepository)
- Darstellung in der Nachricht:
 - es soll möglich sein, mehrere gewerbliche Zwecke anzugeben, andererseits ist ein solcher nur anzugeben, falls er vorliegt: also Häufigkeit 0...n
 - zur Angabe:
 - alternativ Auswahl (a) eines Eintrags der Werteliste oder (b) Eintrag in ein Freitextfeld (falls der vorliegende Zweck nicht in der Werteliste enthalten ist)
 - ergänzend Eintrag in ein zusätzliches Feld Geschäftszeichen:
 - optional einzutragen falls (a)
 - soll eingetragen werden, falls (b)

Wurde entsprechend umgesetzt in type.Gewerblicher.Zweck.

Adresshandel / Werbung

Oben ist festgehalten, dass die Bool-Elemente "zum Zweck des Adresshandels" und "zumZweckDerWerbung" nicht beides auf true gesetzt werden dürfen. Das ist mit AG Mod noch einmal zu überprüfen. Mit AG Mod zu klären.

Protokollierung

Es liegt eine Klarstellung der UAG Org zum Thema vor. Ergibt sich daraus ein Bedarf zur Änderung der vorgelegten Nachrichtenstruktur. (ich denke nein) Mit AG Mod zu klären.

Prozessdarstellung

Noch offen: Anpassung des Prozessmodells.

type.Melderegisterauskunft.Suchprofil.Name

Ist zu sehen, ob per restriction ableitbar von dem entsprechenden Typ der Behördenauskunft (geht nur, falls der als named type etabliert wird).

Bearbeitet durch: BB/BMI/KoSIT

Bearbeitet am: 2014-06-06

Bei genau einem Treffer muss noch geprüft werden, ob Auskunftssperren vorliegen, eine „Aussteuerungsnachricht“ an die zuständige Meldebehörde, wie bei der Behördenauskunft ist aber nicht vorgesehen/gewünscht/notwendig. Ist das richtig?

Dieser Punkt wurde zwischen BB und BMI mit folgendem Ergebnis besprochen:

Eine Aussteuerungsnachricht (wie bei der Behördenauskunft) ist immer erforderlich. Zum einen ist § 51 Abs. 2 und 3 BMG zu berücksichtigen. Hier geht es um ASP, die auf Veranlassung einer Sicherheitsbehörde eingetragen wurden. Die Meldebehörde hat in diesen Fällen Anhörungs- bzw. Beteiligungspflichten durchzuführen.

Zum Anderen sieht § 52 Abs. 2 BMG vor, dass die Meldebehörde den Betroffenen anzuhören hat. Im Ergebnis der Anhörung entscheidet die Meldebehörde, ob eine Auskunft erteilt wird. Also ist auch in diesen Fällen auszusteuern.

Mitzuliefern an die Meldebehörde ist also (wie bei der Behördenauskunft) alles, was die Bearbeitung und ggf. Beantwortung des Auskunftersuchens bei der Meldebehörde ermöglicht.

Problem, dass dabei gesehen wird:

In den Fällen, in denen die Meldebehörde nach der Beteiligung/Anhörung zu dem Ergebnis kommt, dass eine Auskunft erteilt werden kann, die anfragende Stelle durch diesen Prozess (automatisierte Anfrage – neutrale Antwort – spätere Auskunftserteilung durch die MB im schriftlichen Verfahren) zumindest mutmaßen kann, dass bei dieser Person eine ASP eingetragen ist. Dies dürfte aber hinnehmbar sein, da seitens der Meldebehörde festgestellt worden ist, dass in diesen Fällen keine schutzwürdigen Interessen berücksichtigt werden müssen.

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-06-06

Das Prozessmodell zum Abrufverfahren für die einfache Melderegisterauskunft wurde ergänzt um den Prozessverweis zur Aussteuerung in die manuelle Sachbearbeitung. Dies ist der gleiche Prozess, wie bei der Behördenauskunft. Derzeit wird als Nachricht die neue Nachricht 1322 verwendet, die, wenn sie für die einfache Melderegisterauskunft wiederverwendet werden soll, noch angepasst werden muss. Zudem müsste der Prozess zu Aussteuerung sowie die Nachricht eigentlich in den allgemeinen Teil verschoben werden. Dies gilt eigentlich auch für das gesamte Kapitel zur Behördenauskunft, das Nachrichten ähnlichen denen für die Hinweise nach § 6 BMG für alle Datenempfänger zur Verfügung stehen.

Es ist in der AG Modellierung noch zu klären, wie damit umzugehen ist.

Bearbeitet durch: YR

Bearbeitet am: 2014-06-01

Gelöscht wurden die folgenden Typen, welche nicht mehr in Verwendung sind:

- type.melderegisterauskunfteinfach.suchprofil.einegemeinde
- type.melderegisterauskunfteinfach.suchprofil.gemeindeuebergreifend
- type.suchprofil

Bearbeitet durch: AG Mod

Bearbeitet am: 2014-06-10

zur Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Ergebnisstatus:

- Schlüssel 02 wird gestrichen (es soll nur die Fälle "Erfolgsfall" und "neutrale Antwort" geben)
- Schlüssel 03 soll geändert werden in "05" (keine Wiederverwendung von Codes)

zum Prozessmodell

- falls die Prüfung auf Einwilligung (ist die passende im MR eingetragen?) notwendig war und zweitens negativ verlaufen ist: mit Fehlernachricht antworten. Dafür soll im Prozessmodell ein zusätzlicher Zweig eingefügt werden (unterhalb von "Prüfung auf Einwilligung")
 - o Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Nichterstellung Grund: Schlüssel 03
 - o dann ist kein Ergebnisstatus einzutragen
- Die Nachrichtenstruktur ist zu ändern:
per choice modellieren
 - entweder rueckweisung oder
 - die restlichen Ergebniselemente (ergebnisstatus, zusatzinformation, namen, anschrift)
- Quittungsnachricht 0603 soll nur in der Dokumentation beschrieben werden: Sie wird optional für asynchrone Bearbeitung von Großaufträgen verwendet (wird verschickt vor der rechtlichen und verfahrenstechnischen Prüfung)

zur Schlüsseltabelle Antwortstatus:

- Schlüssel 06 wird entfernt (liegt vom Prozess her auf einer anderen Ebene)
- diese Schlüsseltabelle wird verwendet: in EMRA und im type.quittierung

zur Schlüsseltabelle Rückweisung Grund:

- Der Eintrag 05 "Die Adresse (Straße) wurde nicht gefunden (gehört nicht zu der angefragten Gemeinde oder ist fehlerhaft)" zu ändern nach: "Der Gemeindename, der Amtliche Gemeindeschlüssel oder die Straße innerhalb der Gemeinde existiert nicht."

zu Einwilligungen in der Anfragenachricht:

- die Bool-Elemente "zum Zweck des Adresshandels" und "zumZweckDerWerbung" können beide auf true gesetzt werden (Dokumentation der Nachricht ist zu überprüfen.)
- entsprechend ist die Häufigkeit des Elementes `einwilligungWurdeErteilt` zu setzen auf 0...2
- abzuweisen ist, falls zu einem der angegebenen Zwecke keine Einwilligung vorliegt (weder in der Nachricht, als Einwilligung gegenüber dem Anfragenden, noch im Melderegister als generelle Einwilligung)

Überprüfung Auswahldaten

- zu ergänzen: Einzugsdatum, Auszugsdatum
- zu ändern: für die Inlandsanschrift ist die XInnere-Meldeanschrift zu verwenden (AGS soll kein Pflichtfeld sein)
- zu ändern: für die beigeschriebenen Personen sind die Standard-Baukasten-Objekte wg. ihrer Pflichtfelder nicht anwendbar. Hier sollen Datentypen analog zur Modellierung in der Behördenauskunft eingesetzt werden (vgl. `type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.beigeschriebenePerson`)
- Häufigkeiten alle auf 0...1 setzen (außer beim Namen)

Überprüfung zu UAG Org Beschluss zur Protokollierung

- die Anfragenachricht enthält alle zu protokollierenden Informationen, ist also angemessen modelliert

Begriffe

- **Anfragedaten:** ist im Kapitel im Abschnitt Begriffsdefinitionen aufzunehmen (wird nirgendwo sonst eingesetzt)
- **Suchprofil / Auswahldaten / Steuerungsinformationen:** wird identisch verwendet wie in Behördenauskunft, Begriffsdefinitionen also in die grundlegenden Begriffe zu verschieben
- **Schlüsseltabelle "Auskunftersuchen Optionen":** umbenennen in Schlüsseltabelle "Melderegisterauskunft Optionen"

`type.steuerungsinformationAdressketten`

- soll ergänzt werden um ein optionales Element "anzahlZuDurchsuchenderMeldebehoerden"

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-06-21

zur Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Ergebnisstatus:

- Schlüssel 02 wurde gestrichen (es soll nur die Fälle "Erfolgsfall" und "neutrale Antwort" geben)
- Schlüssel 03 wurde in "05" (keine Wiederverwendung von Codes) geändert

zum Prozessmodell

- o Prozessmodell wurde entsprechend der Bearbeitung von AG Mo geändert. Zudem wurde die Prozessbeschreibung aufgenommen.
- Die Nachrichtenstruktur ist zu ändern: per choice modellieren
 - Der Datentyp `type.Melderegisterauskunft.Ergebnis` wurde nun als Choice modelliert.
- Quittungsnachricht 0603 wurde nur in der Dokumentation beschrieben werden: Sie wird optional für asynchrone Bearbeitung von Großaufträgen verwendet (wird verschickt vor der rechtlichen und verfahrenstechnischen Prüfung)

zur Schlüsseltabelle Antwortstatus:

- Schlüssel 06 wird entfernt (liegt vom Prozess her auf einer anderen Ebene) wurde, wie in AG Mod besprochen entfernt

zur Schlüsseltabelle Rückweisung Grund:

- Der Eintrag 05 "Die Adresse (Straße) wurde nicht gefunden (gehört nicht zu der angefragten Gemeinde oder ist fehlerhaft)" zu ändern nach: "Der Gemeindename, der Amtliche Gemeindeschlüssel oder die Straße innerhalb der Gemeinde existiert nicht."

Wurde umbenannt gemäß Bearbeitung von AG Modellierung

zu Einwilligungen in der Anfragenachricht:

- Kardinalität des Elementes `einwilligungWurdeErteilt` wurde gem. Bearbeitung durch AG Modellierung auf 0...2

Überprüfung Daten zur Anfrage

- Einzugsdatum, Auszugsdatum wurden ergänzt
- zu ändern: für die Inlandsanschrift ist die XInnere-Meldeanschrift zu verwenden: Es wird nun der gleiche Typ wie in der Behördenauskunft verwendet. Dieser muss noch in den Baukasten verschoben werden.
- zu ändern: für die beigeschriebenen Personen sind die Standard-Baukasten-Objekte wg. ihrer Pflichtfelder nicht anwendbar. Hier sollen Datentypen analog zur Modellierung in der Behördenauskunft eingesetzt werden (vgl. `type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.beigeschriebenePerson`: **Der Typ muss noch in den Baukasten verschoben werden.** Häufigkeiten alle auf 0...1 setzen (außer beim Namen): erledigt

Begriffe

- **Anfragedaten:** ist im Kapitel im Abschnitt Begriffsdefinitionen aufzunehmen (wird nirgendwo sonst eingesetzt) Begriff wird nun im Kapitel definiert.
- **Suchprofil / Steuerungsinformationen:** wird identisch verwendet wie in Behördenauskunft, Begriffsdefinitionen also in die grundlegenden Begriffe zu verschieben
Die Begriffe werden im Rahmen des CR zur den Datenabrufen nach § 38 BMG in die grundlegenden Begriffe verschoben.
- **Schlüsseltabelle "Auskunftersuchen Optionen":** umbenennen in Schlüsseltabelle "Melderegisterauskunft Optionen" ist erledigt

type.steuerungsinformationAdressketten

- soll ergänzt werden um ein optionales Element "anzahlZuDurchsuchenderMeldebehoerden": ist aufgenommen

Bearbeitet durch: AG Test

Bearbeitet am: 2014-07-02

Das Kapitel "IV.10 Die einfache Melderegisterauskunft" wird begutachtet. Die Anforderungen der AG Test werden, sofern direkt möglich, bereits in der Sitzung umgesetzt.

Allgemeine Anmerkung

Der Begriff "Kunde" soll im Kapitel ersetzt werden durch "anfragende Person oder Stelle".
Der Begriff "Dienstleister" soll im Kapitel ersetzt werden durch "Auskunft gebende Stelle".
Betroffene Datentypen werden zu diesem Release nicht umbenannt.

Übersicht über den Ablauf

IST: "Dabei ist die Angabe der Daten aus den Zeilen 1 oder alternativ 2 und 3 Pflicht."
SOLL: "Dabei ist die Angabe der Zeilen 1 und 2 Pflicht." (siehe unten die Anpassung der Tabellenzeilen)

IST: "Zusätzlich dazu müssen mindestens zwei Daten der ab Zeile 4 genannten Daten in der Anfrage enthalten sein."

SOLL: "Zusätzlich dazu müssen mindestens zwei Daten der ab Zeile **3** genannten Daten in der Anfrage enthalten sein."

Tabelle – Daten zur Anforderung der einfachen Melderegisterauskunft gemäß § 49 Abs. 3 Nr. 1 BMG

IST: "Daten zur Anforderung der einfachen Melderegisterauskunft gemäß § 49 Abs. 3 Nr. 1 BMG"

SOLL: "Daten zur Anforderung der einfachen Melderegisterauskunft gemäß § 49 Abs. **4** Nr. 1 BMG"

zu den Tabelleneinträgen:

- **Nr. 1** (Familiennamen)
 - *SOLL* Inhalt: "Familiennamen **oder frühere Namen**"
 - *SOLL* DSMeld: 0101 bis 0106, **0201 bis 0204**
- **Nr. 2** (frühere Namen)
 - Der Eintrag wird gestrichen, da die erweiterte Zeile Nr. 1 diesen ersetzt.
- **Nr. 3** (Vornamen)
 - Das DSMeld-Blatt 0303 (frühere Vornamen) muss nach BMG § 3 ergänzt werden.
- **Nr. 5** (Geburtsdatum und Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch den Staat)
 - Die Nachweisdaten (DSMeld-Blätter 0604 und 0605) sollen analog zur Behördenauskunft, bei der Nachweisdaten im Allgemeinen nicht für Auswahldaten vorgesehen sind, gestrichen werden.
- **Nr. 6** (zum gesetzlichen Vertreter)
 - Auskunftssperren (DSMeld-Blatt 0918) werden gestrichen, da kein fachlicher Grund für eine Aufnahme gegeben ist.
 - Das DSMeld-Blatt 0001 wird analog zum Vorgehen bei der Behördenauskunft entfernt. (An der entsprechenden Stelle der EMRA-Nachricht soll der jetzige Typ `type.Behoerdenauskunft.Auswahldaten.beigeschriebenePerson` aus der Behördenauskunft genutzt werden.)
- **Nr. 8** (Familienstand)
 - Die Nachweisdaten (DSMeld-Blätter 1403, 1404 und 1407) sollen analog zur Behördenauskunft, bei der Nachweisdaten im Allgemeinen nicht für Auswahldaten vorgesehen sind, gestrichen werden.
- **Nr. 9** (zum Ehegatten oder Lebenspartner)
 - Auskunftssperren sollen nicht aufgenommen werden.
 - Die DSMeld-Blätter 1508 und 1524 (Staat) sollen ergänzt werden.
- **Nr. 10** (Kinder)
 - Auskunftssperren sollen nicht aufgenommen werden.
- **Nr. 11** (Pass, Personalausweis)
 - Die DSMeld-Blätter 1710 und 1711 (Sperrkennwort und Sperrsumme) sollen nicht aufgenommen werden.
- **Nr. 12** (Auskunfts- und Übermittlungssperren)
 - Der Eintrag dieser Zeile wird gestrichen.
- **Nr. 13** (Sterbedaten)
 - Die Nachweisdaten (DSMeld-Blätter 1902 und 1903) sollen gestrichen werden.

Tabelle – Datenumfang der einfachen Melderegisterauskunft gemäß § 44 Abs. 1 BMG

- **Nr. 4** (Derzeitige Anschriften)
 - Die Blätter **1200**, ggf. 1213, **1232** und ggf. 1233 sollen aufgenommen werden.
 - JH stimmt dies mit JA und AL ab.

Der Ablauf im Detail – Das Anfrageverfahren zur einfachen Meldereistrauskunft Prozessbeschreibung – Prüfung, ob eine Einwilligung vorliegt

IST: "Wenn weder Auskunftssperre nach § 51 BMG noch bedingter Sperrvermerk nach § 52 BMG

für die eindeutig identifizierte betroffene Person eingetragen wurde, wird vor einer Auskunft an die anfragende Person oder Stelle noch geprüft, ob eine Einwilligung der betroffenen Person zum genannten Zweck vorliegt."

SOLL: "Wenn weder Auskunftssperre nach § 51 BMG noch bedingter Sperrvermerk nach § 52 BMG für die eindeutig identifizierte betroffene Person eingetragen wurde, wird vor einer Auskunft an die anfragende Person oder Stelle noch geprüft, ob eine Einwilligung der betroffenen Person zum genannten Zweck vorliegt. **Die Prüfung muss nur erfolgen, wenn die Auskunft zum Zweck des Adresshandels oder der Werbung erfolgen soll.**"

Prozessbeschreibung – Rechtliche und verfahrenstechnische Prüfung

IST: "Die Auskunft gebende Stelle kann nach Erhalt der Suchanfrage (Nachricht 0600 oder Nachricht 0602) mit der Nachricht 0603 den Erhalt quittieren. Die Auskunft gebende Stelle führt rechtliche und verfahrenstechnische Prüfungen durch. Sie prüft dabei insbesondere, ob die Anfrage zur einfachen Melderegisterauskunft alle für die Suche benötigten Informationen enthält."

SOLL: "~~Die Auskunft gebende Stelle kann nach Erhalt der Suchanfrage (Nachricht 0600 oder Nachricht 0602) mit der Nachricht 0603 den Erhalt quittieren.~~ Die Auskunft gebende Stelle führt rechtliche und verfahrenstechnische Prüfungen durch. Sie prüft dabei insbesondere, ob die Anfrage zur einfachen Melderegisterauskunft alle für die Suche benötigten Informationen enthält."

Begründung: Der gestrichene Satz ist an dieser Stelle nicht richtig aufgehoben und im Hinblick auf die Nachricht 0600 falsch, da sie nicht quittiert wird. Darüber hinaus wird im EMRA-Kapitel nicht explizit auf die Quittierung eingegangen – ein Entfallen der Nachricht 0603 in einem späteren Release ist wahrscheinlich – sodass der Satz ersatzlos entfernt wird.

Prozessbeschreibung – Prüfung, ob zur betroffenen Person eine Auskunftssperre oder ein bedingter Sperrvermerk vorliegt

zur Nachfrage "Müssen hier noch Einschränkungen bzgl. der Schlüssel der ASP aufgenommen werden?": Es müssen keine Einschränkungen aufgenommen werden.

Prozessmodell

Mit JA und AL muss geklärt werden, ob im Falle einer nicht eindeutigen Identifikation einer Person eine "Neutrale Antwort" erstellt wird. Die Frage ergibt sich aus der Modellierung des Prozesses der UAG-Organisation (vgl. § 51 Abs. 2). (Die Beantwortung dieser Frage hat Auswirkungen auf die Schlüsseltabelle "Melderegisterauskunft Optionen". Anmerkungen siehe unten.)

Verwendung bestimmter Schlüssel – 2. Antwort zur einfachen Melderegisterauskunft

Der Schlüssel 03 muss ergänzt werden (Schlüsseltabelle "Melderegisterauskunft Nichterstellung Grund")

Datentypen

type.Melderegisterauskunft.Anfragedaten/gewerblicherZweck

Das Element soll die Multiplizität 0..1 erhalten. Dafür soll das Element

`type.Melderegisterauskunft.Anfragedaten/gewerblicherZweck/angabeDesZwecks/code` die Multiplizität 0..* erhalten. Darüber hinaus soll das Element

`type.Melderegisterauskunft.Anfragedaten/gewerblicherZweck/angabeDesZwecks` anstelle eines XML-Choice als XML-Sequenz modelliert werden.

Begründung: Freitext dient zur Ergänzung der in der Codeliste vorgehaltenen gewerblichen Zwecke (und damit nicht der Ergänzung einzelner Codes). Es wird maximal *ein* Freitextfeld benötigt. Die ursprüngliche Modellierung erlaubte auf der einen Seite beliebig viele Freitextfelder und verbot auf der anderen Seite die gleichzeitige Angabe von Codes und Freitext.

type.Melderegisterauskunft.Anfragedaten/zumZweckdesAdresshandels

SOLL Dokumentation: "Wird die Auskunft zum Zweck des Adresshandels abgerufen, so ist hier der Wert 'true' zu übermitteln, ansonsten wird 'false' übermittelt."

type.Melderegisterauskunft.Anfragedaten/zumZweckDerWerbung

SOLL Dokumentation: "Wird die Auskunft zum Zweck der Werbung abgerufen, so ist hier der Wert 'true' zu übermitteln, ansonsten wird 'false' übermittelt."

type.Melderegisterauskunft.Anfragedaten/einwilligungWurdeErteilt

SOLL Dokumentation: "Wird die Auskunft zum Zweck des Adresshandels und/oder zum Zweck der Werbung abgerufen und hat die abrufende Person oder Stelle für diesen Zweck die Einwilligung der gesuchten Person bei sich vorliegen, ist der entsprechende Wert aus der Schlüsselstabelle zu übermitteln."

type.Melderegisterauskunft.DatenAnfrage

Grundsätzlich müssen mit Ausnahme von Nachnamen und Vornamen alle Datenelemente optional sein. Im Rahmen der Behördenauskunft werden allgemeine Typen erstellt, die auch an dieser Stelle genutzt werden können.

type.Melderegisterauskunft.Suchprofil.Name/vornamen

Das Element `nichtVorhanden` muss aufgenommen werden, sodass Blocknamen passend dargestellt werden können. Der Datentyp `type.Suchprofil.Name` soll dementsprechend ergänzt werden. Die sich damit ergebenden Auswirkungen auf die Behördenauskunft sind gewünscht. (Analog für das Element `nachname` umsetzen)

Nachrichten

melderegisterauskunfteinfach.anforderungsgemeindeuebergreifend.0602

Analog zur Nachricht 0600 muss das Element `anwenderkennung` aufgenommen werden.

type.Melderegisterauskunft.Ergebnis/ergebnisstatus

Das Element soll umbenannt werden in `ergebnis`.

Begründung: Der Ergebnisstatus ist nur ein Teil des Ergebnisses. Die Anpassung spiegelt dies wider:

- alt: `ergebnisstatus/ergebnisstatus`
- neu: `ergebnis/ergebnisstatus`

Schlüsselstabilen

Melderegisterauskunft Optionen

- Der Schlüssel 03 wird zu Recht entfallen.
- Mit JA und AL ist zu klären, inwieweit die Schlüssel 01 und 02 erhalten bleiben.
- Falls der Schlüssel 01 beibehalten wird, muss seine Beschreibung lauten: "Aussteuerung zur manuellen Nachbearbeitung erwünscht (manuelle Recherche bei 'Neutraler Antwort')"
- Sollte "Nichteindeutigkeit" nicht mit einer neutralen Antwort ausgewiesen werden (siehe oben Anmerkung zum Prozessmodell) wird ein separater Schlüssel hierfür benötigt.

Melderegisterauskunft Zusatzinformation – Schlüssel 04

IST: "Die angefragte Person ist verstorben. Bei der angegebenen Anschrift handelt es sich um die letzte bekannte Wohnung."

SOLL: "Die angefragte Person ist verstorben. ~~Bei der angegebenen Anschrift handelt es sich um die letzte bekannte Wohnung.~~"

Begründung: Der zweite Satz soll gestrichen werden, da eine Klärung bzgl. der anzugebenden Anschrift noch durch die AG BMG erfolgen muss.

Abgleich der Nachrichten mit den Tabellen zum Datenumfang

Der Abgleich soll in einer internen QS-Sitzung erfolgen.

Behandlung der im Umlaufverfahren erkannten Probleme

Probleme, die durch die Begutachtung des Kapitels im Umlauf erkannt wurden, sollen in einer internen QS-Sitzung behandelt werden.

1) Redaktionelle Anmerkungen von CH wurden größtenteils übernommen.

2) Anmerkungen von JA und AL wurden größtenteils übernommen.

3) Anmerkungen von HK wurden größtenteils übernommen

Begriffsdefinitionen

In Abstimmung mit SM wurde die Begriffsdefinition „Einwilligungsvorbehalt“ entfernt, da der Begriff nicht mehr im Kapitel verwendet wird.

Übersicht über den Ablauf

4) *Tabelle IV.10.1. Daten zur Anforderung der einfachen Melderegisterauskunft gemäß § 49 Abs. 3 Nr. 1 BMG. Es ist Abs. 4 Nr. 1 BMG.*

Umsetzung: wurde übernommen.

5) *"Dabei ist die Angabe der Daten aus den Zeilen 1 oder alternativ 2 und 3 Pflicht."
SOLL: "Dabei ist die Angabe der Zeilen 1 und 2 Pflicht."*

Umsetzung: wurde übernommen.

6) *"Zusätzlich dazu müssen mindestens zwei Daten der ab Zeile 4 genannten Daten in der Anfrage enthalten sein."*

SOLL: "Zusätzlich dazu müssen mindestens zwei Daten der ab Zeile 3 genannten Daten in der Anfrage enthalten sein."

Umsetzung: wurde übernommen.

7) *Tabelle, Nr. 2 (frühere Namen)
Wird gestrichen. Ersatz in Nr. 1.*

Umsetzung: wurde übernommen.

8) *Tabelle Nr. 1 (Familiennamen)
Inhalt: "Familiennamen oder frühere Namen"
DSMeld: 0101 bis 0106, 0201 bis 0204*

Umsetzung: wurde übernommen.

9) *Nr. 3 (Vornamen)
DSMeld-Blatt 0303 (frühere Vornamen) müssen nach BMG § 3 ergänzt werden.*

Umsetzung: wurde übernommen.

10) *Nr. 5 (Geburtsdatum und Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch den Staat)
Die Nachweisdaten 0604 und 0605 sollen analog zur Behördenauskunft, bei der im Allgemeinen Nachweisdaten nicht für Auswahldaten vorgesehen sind, gestrichen werden.*

Umsetzung: wurde übernommen.

11) *Nr. 6 (zum gesetzlichen Vertreter)
Auskunftssperren (0918) werden gestrichen, da kein fachlicher Grund für eine Aufnahme gegeben ist.
Blatt 0001 entfernen, analog zur Behördenauskunft. (Der Verwendung des Typs aus der Behördenauskunft wird zugestimmt.)*

Umsetzung: wurde übernommen.

12) Nr. 8 (Familienstand)

Die Nachweisdaten 1403, 1404 und 1407 sollen analog zur Behördenauskunft, bei der im Allgemeinen Nachweisdaten nicht für Auswahldaten vorgesehen sind, gestrichen werden.

Umsetzung: wurde übernommen.

13) Nr. 9 (zum Ehegatten oder Lebenspartner)

Auskunftssperren sollen nicht aufgenommen werden.

Blätter 1508 und 1524 (Staat) sollen ergänzt werden.

Umsetzung: wurde übernommen.

14) Nr. 10 (Kinder)

Auskunftssperren sollen nicht aufgenommen werden.

Umsetzung: wurde übernommen.

15) Nr. 11 (Pass, Personalausweis)

1710 und 1711 (Sperrkennwort und Sperrsumme) sollen nicht aufgenommen werden.

Umsetzung: wurde übernommen.

16) Nr. 12 (Auskunfts- und Übermittlungssperren)

Zeile wird gestrichen.

Umsetzung: wurde übernommen.

17) Nr. 13 (Sterbedaten)

Die Nachweisdaten 1902 und 1903 sollen gestrichen werden.

Umsetzung: wurde übernommen.

Tabelle IV.10.2. Datenumfang der einfachen Melderegisterauskunft gemäß § 44 Abs. 1 BMG

18) Nr. 4 Derzeitige Anschriften

Die Blätter 1200, 1213, 1232 und 1233 sollen aufgenommen werden.

JH stimmt dies mit JA und AL ab.

Umsetzung: Mit AL wurde abgestimmt, dass diese Frage mit BMI geklärt wird.

19) Prüfung, ob eine Einwilligung vorliegt

IST: "Wenn weder Auskunftssperre nach § 51 BMG noch bedingter Sperrvermerk nach § 52 BMG für die eindeutig identifizierte betroffene Person eingetragen wurde, wird vor einer Auskunft an die anfragende Person oder Stelle noch geprüft, ob eine Einwilligung der betroffenen Person zum genannten Zweck vorliegt."

SOLL: "Wenn weder Auskunftssperre nach § 51 BMG noch bedingter Sperrvermerk nach § 52 BMG für die eindeutig identifizierte betroffene Person eingetragen wurde, wird vor einer Auskunft an die anfragende Person oder Stelle noch geprüft, ob eine Einwilligung der betroffenen Person zum genannten Zweck vorliegt. Die Prüfung muss nur erfolgen, wenn die Auskunft zum Zweck des Adresshandels oder der Werbung erfolgen soll."

Umsetzung: wurde übernommen.

20) Rechtliche und verfahrenstechnische Prüfung

~~Die Auskunft gebende Stelle kann nach Erhalt der Suchanfrage (Nachricht 0600 oder Nachricht 0602) mit der Nachricht 0603 den Erhalt quittieren.~~ Die Auskunft gebende Stelle führt rechtliche und verfahrenstechnische Prüfungen durch. Sie prüft dabei insbesondere, ob die Anfrage zur einfachen Melderegisterauskunft alle für die Suche benötigten Informationen enthält.

Begründung: Der gestrichene Satz ist an dieser Stelle nicht richtig aufgehoben und im Hinblick auf die Nachricht 0600 falsch, da sie nicht quittiert wird. Darüber hinaus wird im EMRA-Kapitel nicht explizit

auf die Quittierung eingegangen – ein Entfallen der Nachricht 0603 in einem späteren Release ist wahrscheinlich – sodass der Satz ersatzlos entfernt wird.

Umsetzung: wurde übernommen.

21) Schlüssel

2. Antwort zur einfachen Melderegisterauskunft

Der Schlüssel 03 muss ergänzt werden (Tabelle: "Melderegister Nichterstellung Grund")

Umsetzung: wurde übernommen.

22) Begriffe "Kunde" und "Dienstleister"

Kunde => anfragende Person oder Stelle

Dienstleister => Auskunft gebende Stelle

Die Datentypen werden zu diesem Release nicht umbenannt.

Umsetzung: wurde übernommen.

23) type.Melderegisterauskunft.Anfragedaten/gewerblicherZweck

Das Element soll die Multiplizität 0..1 erhalten. Dafür soll das Element angabeDesZwecks/code die Multiplizität 0..* erhalten. Element angabeDesZwecks wird eine Sequenz.

Begründung: Freitext dient zur Ergänzung der in der Codeliste vorgehaltenen gewerblichen Zwecke.

Daher ist es nicht einsichtig, dass beliebig oft ein Freitextfeld benötigt wird.

Umsetzung: wurde übernommen. Es wurde zusätzlich das Feld freitext optional gemacht. Mit AL wurde geklärt, dass das Freitextfeld dann zu verwenden ist, wenn der Zweck nicht in der Schlüsseltabelle vorhanden ist.

24) Für Werbung und analog Adresshandel

"Wird die Auskunft zum Zweck der Werbung abgerufen, so ist hier der Wert ‚true‘ zu übermitteln, ansonsten wird ‚false‘ übermittelt."

Umsetzung: wurde übernommen.

25) Zu Einwilligung liegt vor

"Wird die Auskunft zum Zweck des Adresshandels und/oder zum Zweck der Werbung abgerufen und hat die abrufende Person oder Stelle für diesen Zweck die Einwilligung der gesuchten Person bei sich vorliegen, ist der entsprechende Wert aus der Schlüsseltabelle zu übermitteln."

Umsetzung: wurde übernommen.

26) type.Melderegisterauskunft.Suchprofil.Name/vornamen

Das Element "nichtVorhanden" muss aufgenommen werden, sodass Blocknamen passend dargestellt werden können. Der Datentyp "type.Suchprofil.Name" soll entsprechend ergänzt werden. Die Auswirkungen auf die Behördenauskunft sind vorteilhaft. (analog "nachname")

Umsetzung: erfolgt.

27) V.B. 1.37 Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Optionen Schlüssel 03 entfällt.

Mit JA und AL ist zu prüfen, inwieweit die Schlüssel 01 und 02 erhalten bleiben. Hintergrund, siehe Todo EG 07a, Nr. 6: Sollte "nicht eindeutig" nicht mit neutraler Antwort ausgewiesen werden, wird ein separater Schlüssel hierfür benötigt.

In jedem Fall muss die Beschreibung des Schlüssels 01 lauten: "Aussteuerung zur manuellen Nachbearbeitung erwünscht (manuelle Recherche bei 'Neutraler Antwort')"

Umsetzung: Mit AL wurde geklärt, dass bei nicht eindeutigem Treffer auch die neutrale Antwort versendet werden muss. Ein Schlüssel 02 ist daher nicht erforderlich. Schlüssel 02 wird aus der Schlüsseltabelle entfernt. Schlüssel 01 wird umbenannt. Dieser Punkt wird nochmal mit AL und JA abgestimmt.

28) *datenZurAnfrage*

Grundsätzlich müssen mit Ausnahme von nachname und vornamen alle Datenelemente optional sein. Im Rahmen der Behördenauskunft werden allgemeine Typen erstellt, die auch an dieser Stelle genutzt werden können.

Umsetzung:

Datentypen geprüft:

- Element name vom Typ type.Melderegisterauskunft.Suchprofil.Name -> eigener Typ, daher keine Änderung
- Element ordensname, kuenstlername vom Typ String.Latin -> keine Änderung
- Element geburtsdaten vom Typ type.Geburt -> alles optional, keine Änderung
- Element gesetzlicher Vertreter -> Typ mit optionalen Elementen wird aus den Behördenauskunft wiederverwendet und in den Baukasten geschoben (type.Abruf.gesetzlicherVertreter)
- Element anschrift -> wird aus den Behördenauskunft wiederverwendet und in den Baukasten geschoben (type.Abruf.AnschriftMelderecht)
- Element familienstand -> Typ mit optionalen Elementen wird aus den Behördenauskunft wiederverwendet und in den Baukasten geschoben (type.Abruf.Familienstand)
- Element partner -> Typ mit optionalen Elementen wird aus den Behördenauskunft wiederverwendet und in den Baukasten geschoben (type.Abruf.Partner)
- Element kind -> Typ mit optionalen Elementen wird aus den Behördenauskunft wiederverwendet und in den Baukasten geschoben (type.Abruf.Kind)
- Element sterbedaten vom Typ type.Tod -> keine Änderung
- Element ausweisdokument vom Typ type.AusweisdokumentOhneSperrinformationen -> enthält noch mandatorische Elemente, daher soll der Typ aus den Behördenauskunft wiederverwendet werden.

29) *Nachricht 0602*

Anwenderkennung muss analog zur 0600 aufgenommen werden.

Umsetzung: wurde übernommen.

30) *V.B.1.38 Schlüsseltabelle Melderegisterauskunft Zusatzinformation*

04 "Die angefragte Person ist verstorben. Bei der angegebenen Anschrift handelt es sich um die letzte bekannte Wohnung."

Der zweite Satz soll gestrichen werden, da eine Klärung bzgl. der anzugebenden Anschrift noch durch die AG BMG erfolgen muss.

Umsetzung: wurde übernommen.

31) *ergebnisdaten/ergebnisstatus => ergebnisdaten/ergebnis, da es sich um das Ergebnis handelt, welches wiederum den Ergebnisstatus enthält.*

Umsetzung: wurde übernommen.

Die Schlüsseltabelle 43 Beziehung zwischen Person und Wohnung wurde entfernt, da sie in der einfachen Melderegisterauskunft nicht mehr verwendet wird und auch sonst nicht verwendet wurde

Bearbeitet durch: JG/AL/JA

Bearbeitet am: 2014-07-07

Folgender Satz soll zur Klarstellung aufgenommen werden:

„Die dargestellten Datentypen enthalten u. a. auch Elemente, die zur Umsetzung von Mehrwertdiensten genutzt werden können. Insofern stellen die in den Datentypen und Nachrichten enthaltenen Felder und die damit verknüpften Funktionalitäten zunächst das mit XMeld mögliche Maximum dar. Der daraus durch die Auskunft gebende Stelle verpflichtend umzusetzende Anteil richtet sich nach den für diese geltenden bundes- und landesrechtlichen Vorgaben.“

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-07-07

Satz zur Klarstellung wurde im Abschnitt „Datentypen“ übernommen.

Bearbeitet durch: interne QS

Bearbeitet am: 2014-07-08

Die Umsetzung wird geprüft. Folgende Dinge sind noch aufgefallen:

- 1) Beim gesetzlichen Vertreter wird das DSMeld-Blatt 0001 in den Datenumfang (entgegen der Ausgestaltung der Behördenauskunft) wieder aufgenommen, da ein anderer Datentyp verwendet wird, der die Angabe enthält.
- 2) Die DSMeld-Blätter zum Familienstand werden analog wie in der Behördenauskunft auf 1401, 1402, 1408 und 1409 festgelegt.
- 3) GewerblicherZweck wurde geändert: Element code ist nun einfach (0..1). Da die Multiplizität des Elementes gewerblicherZweck in type.Melderegisterauskunft.Anfragedaten nun 0..n ist.
- 4) Zum Datentyp type.Suchprofil.Name: Elemente nachname und vornamen sollen jeweils vom typ Allgemeiner Name sein. (auch eingeschränkter Typ für Melderegisterauskunft.)

Abgleich der DSMeld-Tabellen mit den Nachrichten:

- 5) Element anschrift: type.Melderegisterauskunft.DatenAnfrage
 - artDerWohnung fehlt. Aber dies zurecht, da der anfragenden Person nicht bekannt ist, welche Art der Anschrift gesucht werden soll und eine Einschränkung nicht sinnvoll ist.
- 6) Statt des Datentyps type.Abruf.Familienstand soll der Typ type.Abruf.FamilienstandNurBegründung verwendet werden (analog zu der Änderung der DSMeld-tabelle).
- 7) NameNatuerlichePerson.Kind , ...Partner, ... gesetzlicherVertreter: Das Element vorname muss in den drei Typen wieder optional gemacht, da ansonsten unnötig viele neue Typen erstellt werden müssten.
- 8) Die Datentypen XMeldIT.AnschriftMelderecht und XMeldIT.Auslandsanschrift.Druckbild werden in den Baukasten geschoben und dann für die betroffene Person verwendet in 0601 und 0604.
- 9) Mail von AL zur Klärung mit BMI bzgl. 1200, 1232 und 1233 in der Auskunft:

„Damit steht jetzt fest, dass die Auslandsanschrift im Rahmen der EMRA beauskunftet werden darf. Es ist aber jetzt auch klar, dass in allen weiteren Fällen, bei denen die betroffene Person unbekannt verzogen ist, unabhängig davon ob sie unbekannt ins Ausland oder unbekannt im Inland verzogen ist, mit folgender Antwort zu beauskunften sind:

„Die Person ist unbekannt verzogen.“ oder „Für die Person ist keine derzeitige Anschrift verzeichnet.“ (wobei ich die 2. Alternative besser finde)

Mit der Ausgestaltung zu 3a) bin ich einverstanden.“

Daraus folgt für die Modellierung der Anschrift: Element anschrift.aktuell bekommt für die Anschrift unbekannt die Doku: Es ist boolean anschriftUnbekannt zu nutzen. Der Sachverhalt zur unbekannten Anschrift ist nicht zulässig in der einfachen Melderegisterauskunft.

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-07-09

Folgende Punkte wurden noch umgesetzt:

1) Beim gesetzlichen Vertreter wird das DSMeld-Blatt 0001 in den Datenumfang (entgegen der Ausgestaltung der Behördenauskunft) wieder aufgenommen, da ein anderer Datentyp verwendet wird, der die Angabe enthält.

Umsetzung: Wurde während Sitzung umgesetzt.

2) Die DSMeld-Blätter zum Familienstand werden analog wie in der Behördenauskunft auf 1401, 1402, 1408 und 1409 festgelegt.

Umsetzung: Wurde während der Sitzung umgesetzt.

3) GewerblicherZweck wurde geändert: Element code ist nun einfach (0..1). Da die Multiplizität des Elementes gewerblicherZweck in type.Melderegisterauskunft.Anfragedaten nun 0..n ist.

Umsetzung: Wurde während der Sitzung umgesetzt.

4) Zum Datentyp type.Suchprofil.Name: Elemente nachname und vornamen sollen jeweils vom typ Allgemeiner Name sein. (auch eingeschränkter Typ für Melderegisterauskunft.)

Umsetzung: Typen wurden geändert und Doku angepasst.

Abgleich der DSMeld-Tabellen mit den Nachrichten:

5) Element anschrift: type.Melderegisterauskunft.DatenAnfrage
- artDerWohnung fehlt. Aber dies zu Recht, da der anfragenden Person nicht bekannt ist, welche Art der Anschrift gesucht werden soll und eine Einschränkung nicht sinnvoll ist.

Umsetzung: keine Anpassung der Nachricht, aber die DSMeld-Tabelle wird während der Sitzung um das Blatt 1213a bereinigt.

6) Statt des Datentyps type.Abruf.Familienstand soll der Typ type.Abruf.FamilienstandNurBegründung verwendet werden (analog zu der Änderung der DSMeld-tabelle).

Umsetzung: Es wird nun der Typ type.Abruf.FamilienstandNurBegründung verwendet.

7) NameNaturlichePerson.Kind , ...Partner, ... gesetzlicherVertreter: Das Element vorname muss in den drei Typen wieder optional gemacht, da ansonsten unnötig viele neue Typen erstellt werden müssten.

Umsetzung: Element vorname wurde jeweils wieder optional gemacht.

8) Die Datentypen XMeldIT.AnschriftMelderecht und XMeldIT.Auslandsanschrift.Druckbild werden im Rahmen von CR 2012-50 in den Baukasten geschoben und dann für die betroffene Person verwendet in den Nachrichten 0601 und 0604.

Umsetzung: Datentypen wurden verschoben und umbenannt. type.XMeldIT.AnschriftMelderecht heißt nun type.AnschriftMelderechtMitDruckbild. Die Typen werden nun in type.Melderegisterauskunft.Ergebnis für das Element anschrift.aktuell (type.AnschriftMelderechtMitDruckbild) verwendet.

9) Mail von AL zur Klärung mit BMI bzgl. 1200, 1232 und 1233 in der Auskunft:

„Damit steht jetzt fest, dass die Auslandsanschrift im Rahmen der EMRA beauskunftet werden darf. Es ist aber jetzt auch klar, dass in allen weiteren Fällen, bei denen die betroffene Person unbekannt verzogen ist, unabhängig davon ob sie unbekannt ins Ausland oder unbekannt im Inland verzogen ist, mit folgender Antwort zu beauskunften sind:

„Die Person ist unbekannt verzogen.“ oder „Für die Person ist keine derzeitige Anschrift verzeichnet.“ (wobei ich die 2. Alternative besser finde)

Mit der Ausgestaltung zu 3a) bin ich einverstanden.“

Daraus folgt für die Modellierung der Anschrift: Element anschrift.aktuell bekommt für die Anschrift unbekannt die Doku: Es ist boolean anschriftUnbekannt zu nutzen. Der Sachverhalt zur unbekannten Anschrift ist nicht zulässig in der einfachen Melderegisterauskunft.

Umsetzung: Sowohl Dokumentation des Elementes anschrift.aktuell als auch die Übersichtstabelle über den zulässigen zu beauskunftenden Datenumfang wurde angepasst.

Bearbeitet durch: interne QS

Bearbeitet am: 2014-07-10

Beim Datentyp type.AnschriftMelderechtMitDruckbild soll in Dokumentation der letzte Satz gelöscht werden.

Versionshistorie wird noch redaktionell angepasst.

Danach „intern geprüft“.

Bearbeitet durch: KOSIT/JH

Bearbeitet am: 2014-07-10

Beim Datentyp type.AnschriftMelderechtMitDruckbild soll in Dokumentation der letzte Satz gelöscht werden.

Umsetzung: erfolgt.

Versionshistorie wird noch redaktionell angepasst.

Danach „intern geprüft“.